

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.



work

**Covid-Gesetz: Am 28. November geht's um viel Geld!** Seite 5

# Jetzt sind wir dran!

Fünf Städte,  
Tausende auf  
den Strassen,  
eine Parole:  
**«Mehr Lohn,  
Respekt und  
Solidarität.»**

Seiten 2–3



## Nestlé lässt Löhne dumpen

Nespresso-Kapseln abpacken für Fr. 14.45 Stundenlohn. Seite 7

## BVG: Die Rechte plant Massaker

Die Pensionskassen-Renten sollen um 12% sinken. Seite 4

## Movendo trotz der Pandemie

Lernen & Lehren sind gewerkschaftliche Aufgaben. Seiten 16–17

## Die Diebe und ihre Diener

Die Pandora-Papers zeigen es einmal mehr: Wer dubioses Geld verstecken will, wird in der Schweiz gut bedient. work sagt wie, wer, wo und warum. Seiten 10–12



workedito  
Marie-Josée Kuhn

### MASKENLOSE FREIHEIT

Endlich können wir wieder in die Beiz! Und erst noch ohne Maske. Zertifikat sei Dank! Und endlich können wir die Feste wieder feiern, wenn sie fallen: Das Fest zu 20 Jahren work in der «Heiteren Fahne» in Bern jedenfalls war sehr, sehr heiter. Davon zeugen die tollen Bilder von Fotograf Matthias Luggen (Seite 15). Wieder einmal feiern und tanzen «oben ohne» – und alle lassen ihre Masken fallen. Kein Wunder, unterstützt die Mehrheit der Bevölkerung die Zertifikatspflicht, wie die Corona-Umfrage der SRG zeigt. Ende Oktober waren 61 Prozent für das Covid-Zertifikat. Es hat sich inzwischen ja auch bewährt. Auch für die Wirtinnen und Wirte. Einmal kontrollieren, und gut ist für den Rest des Abends. Dass es eine Erleichterung ist für die Hotel- und Gastrobranche, wenn sie nicht mehr länger Masken-Polizei spielen muss, hat unterdessen sogar der (immer noch ungeimpfte?) Hotelier und Polter-Chef von Gastrosuisse, Casimir Platzer, begriffen. Für die Tourismusbranche ist das Zertifikat nämlich ebenfalls ein Lichtblick. Da können die wilden Walliser Wirte-Brüder Aufdenblatten noch lange mit den Trychlerlern für ihre «Walliserkanne» werben, wenn sie dann wieder mal aus dem Knast raus sind.

**Ein Nein zum Covid-Gesetz wäre ein Schuss ins eigene Knie.** Viel Geld. Die Trychler und Corona-Schwurbler sind laut und schrill. Und die Medien stellen sie noch so gerne in ihre Schaufenster. Das macht Wahnhitzigkeit aber nicht weniger wahnhitzig. Am 28. November stimmen wir nicht über einen «Impfzwang für alle» ab! Auch nicht über einen «impliziten». Und auch nicht darüber, ob es Corona gibt oder nicht. Beim Covid-Gesetz geht es auch nicht nur um ein Ja oder ein Nein zum Zertifikat. Sondern um ganz schön viel Geld. Um Finanzhilfen für Lohnabhängige und KMU. Um verbesserte Wirtschaftshilfen für Arbeitnehmende und Unternehmen, die wegen der Pandemie vorübergehend schliessen mussten oder hohe Umsatzeinbußen erlitten. work hat zusammengestellt, worum es am 28. November wirklich geht (Seite 5).

**KLASSENKRAMPF** Es steht also viel auf dem Spiel. Viel maskenlose Freiheit und viel Finanzhilfe. Ein Nein zum Covid-Gesetz würde beides gefährden. Ein Nein zum Covid-Gesetz wäre also ein Schuss ins eigene Knie. In alle Knie. Etwas, das richtig wehtäte. Besonders jenen, denen die Pandemie sowieso schon übel mitgespielt hat. Den Gering- und Normalverdienenden: Sie haben in der Coronakrise massiv an Kaufkraft verloren. Auch das zeigt eine SRG-Umfrage. Menschen mit einem Haushaltseinkommen von unter 4000 Franken pro Monat verloren fast 20 Prozent ihres Einkommens. Derweil die Reichen und Stinkreichen dank Corona weiter zulegen konnten. Seuchen sind immer Klassenkampf. Auch darum geht es am 28. November. Und jetzt Hand aufs coronamüde Herz: Wollen Sie diesen wirklich befeuern? Nein? Dann gibt's nur: ein Ja.

# Gewerkschaften sind zurück auf den Strassen: Demos in Bern, Bellinzona, Genf, Olten und Zürich «Mehr Lohn, Respekt, Solidarität!»



HOCH DIE...! Bauarbeiter an der Demo in Olten. FOTO: SEVERIN NOWACKI



WAUWAU! Keiner zu klein, ein Gewerkschafter zu sein. FOTO: NICOLAS ZONVI



MEHR LOHN! Demozug in Olten. FOTO: SEVERIN NOWACKI



STRASSEN-OFFICE STATT HOME-OFFICE: Trotz Corona mussten die Baubüezerinnen und -buezer weiterchraempfen. Jetzt muss dieser Sondereffort honoriert werden. FOTO: SEVERIN NOWACKI



GUTE PLFEGE BRAUCHT MENSCHEN! Pflegedemo in Bern. FOTO: UNIA



UNIA-PRÄSIDENTIN VANIA ALLEVA in Zürich. FOTO: NICOLAS ZONVI



MEHR RESPEKT! Trillerpfeifen-Demo in Zürich. FOTO: NICOLAS ZONVI



JETZT SIND WIR DRAN! Demozug in Zürich. FOTO: NICOLAS ZONVI



SOLIDARITÄT! Unia-Fahnenschwinger in Olten. FOTO: SEVERIN NOWACKI



JA ZUR PFLEGE-INITIATIVE! 5000 Leute demonstrierten in Bern. FOTO: UNIA



DEMO-TANZ: Tiktok-Star Nelson «Jackson» Martins zeigt, wie's geht. FOTO: NICOLAS ZONVI



KONFETTI-REGEN: Tolle Stimmung in Olten. Ganz vorne links: work-Autor Clemens Studer mit seiner Enkelin. FOTO: SEVERIN NOWACKI

**In der Schweiz gingen über 12000 Lohnabhängige aus allen Branchen auf die Strasse. Sie verlangen mehr Lohn, Respekt, Solidarität. Der Protest gegen die Corona-Gewinnler war mächtig, musikalisch, laut und entschlossen. Und erst der Anfang!**

JONAS KOMPOSCH | FOTOS: NICOLAS ZONVI

Ob auf dem Bau, im Verkauf, in der Logistik oder in der Pflege: Die Lohnabhängigen haben die Coronakrise mit voller Macht zu spüren bekommen. Mehr Arbeit unter erschwerten Bedingungen. Überstunden. Teilweise fehlende Schutzmassnahmen. Und jetzt wollen die Chefs auch noch beim Lohn klemmen. Trotz Rekordumsätzen, berstend vollen Auftragsbüchern und guten Konjunk-

turaussichten. Doch die Arbeitenden wehren sich. Und wie! Am meisten Zulauf hatte der Aufmarsch in der Hauptstadt: 5000 Pflegenden aus der ganzen Schweiz waren angereist. «Notruf – Pflegebrüef», schaltete es durch Berns Gassen. Die Forderung: mehr Personal, Lohn und ein deutliches Ja zur Pflege-Initiative (siehe auch Seite 6).

In Bellinzona, Genf, Olten und Zürich gingen Berufsleute aus allen Branchen auf die Strasse. Besonders sichtbar waren die Bauleute. Ihre Chefs verweigern erneut jede generelle Lohnerhöhung – obwohl es der Branche gut bis sehr gut geht. Ebenfalls nicht anerkennen will der Schweizerische Bau-

meisterverband (SBV), dass die Buezerinnen und Buezer auch mitten im Corona-Chaos stets Vollgas gaben. Und dass sie dabei ihre Gesundheit aufs Spiel setzen mussten. Der SBV nimmt's schlicht als Selbstverständlichkeit. Und liebäugelt zum Dank mit dem vertragslosen Zustand. Würde sich der Verband mit seiner Geiz-

haltung durchsetzen, liefe das auf einen Reallohnverlust hinaus. Auch 2022 werden die Konsumentenpreise steigen – laut Bundesprognose um 0,8 Prozent. Damit gingen auch die restlichen Lohnabhängigen leer aus. Laut einer UBS-Umfrage wollen Schweizer Firmen ihre Löhne nämlich durchschnittlich bloss um 0,8 Prozent anheben. Abzüglich der Teuerung ergibt das: ein goldiges Nüteli. Das werden sich die Arbeitnehmenden nicht gefallen lassen. Die Demos vom 30. Oktober waren erst der Anfang.

work war dabei und hat sich umgehört. Philipp Eberli (17) mit Vater Hans (55), beide Elektromonteur: «Was für eine lebhaft Demo! Und top organisiert sei sie auch noch, findet Luginha. Da sei es eine wahre Freude, das Ganze musikalisch zu begleiten. Ganze zwei Stunden lang gab der Badener Troubadour portugiesische Volkslieder zum besten – kräftig unterstützt von seinem Kumpel Angelo Rocha. Der sagt: «Es ist wichtig, für seine Würde auf die Strasse zu gehen. Denn je tiefer der Lohn, desto schneller wirst du missachtet!»

Tito Pilla (61), frisch pensionierter Kranführer: «Wir müssen klarmachen, dass die Meister so nicht mit uns umspringen können.» Etwas Neues sind die Drohgebärden des SBV für Pilla aber nicht. Seit er vor 30 Jahren aus dem Benerento (IT) nach Winterthur kam, hat er bei kaum einer Gewerkschaftsaktion gefehlt. Stolz ist er besonders auf die Errungenschaft der Frührente, von der er jetzt profitiert: «Ich geniesse es in vollen Zügen!» Was aber, wenn der SBV stur bleibt? Dann wäre auch Pilla wieder am Start, denn: «Das bedeutet Streik!»



Angelo Rocha (27), Velomechaniker (links), und Ricardo Luginha (33), Musiker und Chauffeur.

Roberto Galati (58), Maurer: «Mieten und Krankenkassenprämien steigen ständig, aber unser Zahltag kommt nicht vom Fleck.» Galati weiss, wovon er spricht. Schon seit 1988 lebt der Kalabrier in der Schweiz – und er hat gerechnet: «Heute bleibt mir am Monatsende weniger als noch vor zehn Jahren!» Dabei arbeite er immer öfter «come un ciuco» – wie ein Esel!

Nikola Kralova (22), Schreinerin: «Eigentlich habe ich ja Geburtstag, doch heute müssen wir für das Schreinergerwebe kämpfen!» Es sei nämlich höchste Zeit, dass die Branche aufhöre, «um den heissen Brei herumzureden». Es brauche dringend wieder einen Gesamtarbeitsvertrag. Doch mit Platzkundgebungen erreiche man das nicht.



«Deshalb ist es super, dass die Unia endlich wieder etwas Grösseres macht!»

Nelson «Jackson» Martins, (37), Maurer und Tiktok-Star: «Ich bin fix und fertig! Morgen gönne ich mir eine Runde Wellness in Leukerbad!» So das Demo-Fazit von Nelson «Jackson» Martins, dem «tanzenen Bauarbeiter» und Internetstar aus Meilen ZH. Kein Wunder! Schon vor Marschbeginn kam Tanzbär Jackson in die Gänge. Auslöser war Michael Jacksons Megahit «Thriller». Kaum dröhnte das Stück aus den Boxen, sprang «Jackson» auf das Demo-Mobil. Und heizte von dort aus dem Publikum ein – mit heissen Hüftschwüngen und coolen «Moonwalks» – fast drei Stunden lang!



# Altersvorsorge: Nationalratskommission pfeift auf BVG-Kompromiss

## Rechte Mehrheit will Renten um 12 Prozent senken

**Die rechte Mehrheit in der «Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit» plant ein Renten-Massaker. Der Widerstand der Gewerkschaften steht.**

CLEMENS STUDER

Die rechte Mehrheit in der nationalrätlichen «Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit» (SGK) spürt sich nicht mehr: sie will die Pensionskassenrenten der Lohnabhängigen um bis zu 12 Prozent senken. Die mickrigen Kompensationszahlungen sollen die Versicherten zudem noch gleich selber finanzieren. Gleichzeitig mit diesem Rentenmassaker bei den Gering- und Normalverdienenden wollen die Rechten den Superverdienenden Jahr für Jahr zusätzlich 500 Millionen Franken schenken. Das hat die Kommission an ihrer letzten Sitzung mit 14 zu 8 Stimmen beschlossen. In der Kom-

**Das ist ein Renten-Massaker bei den Gering- und Normalverdienenden.**

mission arbeiten 8 Vertreterinnen und Vertreter von SP und Grünen. Die Mehrheit stellen SVP, FDP, Mitte und GLP.

Was die rechte Mehrheit da betreibt, ist Klassenkampf von oben in Reinkultur. Während untere und mittlere Einkommen bluten, profitieren



**PINK, ABER PLEITE: BVG und AHV zusammengenommen, sind Frauenrenten um 37 Prozent tiefer als Männerrenten.** FOTO: ISTOCK

die Bestverdienenden. Und die Banken und Versicherungen. Sie verdienen sich am BVG eine goldene Nase. Jahr für Jahr fliessen Hunderte Millionen Franken vom Alterskapital der Lohnabhängigen in die Taschen von Managern und Aktionärinnen. Auch Makler kassieren pro Jahr 180 Millionen Franken. Sie handeln mit Versicherten wie Viehhändler mit Milchkühen. Das alles ist möglich, weil mit dem Alterskapital der Lohnabhängigen im internationalen Finanzcasino gespielt wird. Das rentiert für die Finanzindustrie. Aber nicht für die Versicherten. Ganz im Unterschied zu der im sicheren, sta-

bilen, solidarischen und preisgünstigen Umlageverfahren finanzierten AHV (siehe Box).

### FRAUENFEINDLICH

Besonders benachteiligt im BVG-System sind die Frauen. Sofern sie überhaupt eine Pensionskassenrente erhalten, ist diese im Durchschnitt nur halb so hoch wie jene der Männer. Ganz besonders prekär ist die Lage der Frauen in Tieflohnbranchen: sie erhalten von der Pensionskasse nur 500 bis 800 Franken. BVG und AHV zusammengenommen, sind Frauenrenten um 37 Prozent tiefer als Männerrenten. Vor

allem wegen der Pensionskassen (siehe auch «1x1 der Wirtschaft» auf Seite 13).

Weil das Pensionskassensystem seit vielen Jahren bröckelt und unterdessen taumelt, beauftragte der Bundesrat Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände mit der Ausarbeitung eines Sanierungsvorschlags. Diese legten nach langen Verhandlungen einen Kompromissvorschlag vor. Der Bundesrat machte ihn sich zu eigen. Der mit den Arbeitgebern erreichte Kompromiss ist zwar keine Gewerkschaftsvorlage, aber er verbessert immerhin einiges für die Lohnabhängigen. Ein dauerhafter, solidarisch finanzierter Rentenzuschlag hilft, das heutige Rentenniveau zu halten, obwohl der Umwandlungssatz sofort von 6,8 auf 6 Prozent gesenkt wird.

### LOBBY MACHT DRUCK

Das ist nicht im Interesse der Finanzindustrie. Darum schickten sie ihre Vertreter im Parlament ans Werk. Nachdem die SGK im Juni noch die meisten Vorschläge hatte akzeptieren wollen, schlug die Stunde des Versicherungsmannes und SVP-Vertreters Thomas de Courten. Er brachte jenen Vorschlag ein, den die Pensionskassen und Versicherungen wollen. Und die Kommissionsmehrheit folgte ihm jetzt.

Wenn das geplante Rentenmassaker in der parlamentarischen Behandlung nicht gestoppt wird, ist das Referendum der Gewerkschaften so sicher wie das Amen in der Kirche. Denn die Geschichte der Sozialwerke zeigt: Wenn die Rechten sich nicht mehr spüren, lassen die Lohnabhängigen es sie spüren.

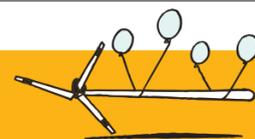
### Studie zeigt: AHV rentiert für 90 Prozent

Die AHV schlägt die private Vorsorge mit ihrem Preis-Leistungs-Verhältnis um Längen. Ursache: Hier macht unser Geld keinen jahrzehntelangen, teuren und riskanten Umweg über die Finanzmärkte. Das lohnt sich für die Versicherten. Aber weniger für Versicherungen und Banken. Das belegen aktuelle Modellrechnungen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) erneut. Für die Studie hat der SGB die gesamten Beiträge an die AHV mit den Beträgen verglichen, die in einen Fonds der privaten Vorsorge einbezahlt werden müssten, um die gleiche Rente wie in der AHV zu erhalten.

**DIE RESULTATE ZEIGEN:** 90 Prozent der Bevölkerung haben dank der AHV viel mehr Geld zum Leben als bei einer privaten Vorsorge. Weil ein Franken für die AHV mehr Rente generiert als ein Franken für die private Vorsorge. Drei konkrete Beispiele: Ein Verkäufer spart mit der AHV bis zur Pensionierung über 250 000 Franken für die gleiche hohe Rente. Eine alleinstehende Frau mit Medianeinkommen (die Hälfte verdient mehr, die Hälfte weniger) spart dank der AHV über 270 000 Franken. Und eine Familie mit zwei Kindern rund 400 000 Franken.

Die ganze Studie gibt's hier: [rebrand.ly/ahvlohtsich](https://rebrand.ly/ahvlohtsich)

## rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



# Windparks in Norwegen: Rentiere fressen kein Geld

**Wir können den ökologischen Umbau nur zusammen mit der betroffenen Bevölkerung und nicht gegen sie realisieren. Das zeigt der Fosen-Vind-Windpark im hohen Norden, an dem auch die Credit Suisse und die BKW beteiligt sind. Rechtswidrig, wie sich nun zeigt.**

Im August 2021 wurde der Windpark Fosen Vind in Norwegen eingeweiht. Die «Rosa Zukunft» hat über dieses Projekt vor Jahren positiv berichtet. 277 Windräder der 3,5-MW-Klasse produzieren an diesem ausgezeichneten Windstandort 3,4 bis 3,9 Milliarden Kilowattstunden Strom im Jahr. Fast doppelt so viel wie das grösste Wasserkraftwerk der Schweiz, die Grande Dixence. Die Investitionskosten sind mit 1,3 Milliarden Franken extrem tief. Investiert in diese gigantische Anlage auf der Halbinsel Fosen haben neben anderen auch die BKW und die Credit Suisse (CS).

**FRAUENPOWER.** Die BKW gehört mehrheitlich dem Kanton Bern. Und die CS profitiert als systemrelevante Bank von einer Gratis-und-franko-Staatsgarantie der Eidgenossenschaft. Was Ex-CS-Chef Urs Rohner & Co. nicht daran hinderte, im afrikanischen Moçambique eine Riesenschweinerei anzurichten. Es geht um Bestechungsgelder und Korruption in Millionenhöhe. Um einen Kredit-schlamassel mit dramatischen wirtschaftlichen Folgen für die Bevölkerung, um Armut und Menschenleben. Zurück in den kalten hohen Norden. 2016 fuhren die Bagger auf.

Niemand nahm die Sami ernst, die diese Flächen mit ihren Rentieren nutzen. Ihr Standpunkt: Dieses Land gehört uns und niemandem sonst. Sie zogen von Gericht zu Gericht und verloren vorerst alle Prozesse.

Den letzten Prozess vor dem höchsten Gericht in Norwegen gewannen sie nun. Die deutsche «Zeit» berichtet: «Sie ziehen ihren Tieren hinterher, von Sommerweide zu Winterweide und zurück. Gleichzeitig zogen sie jahrelang von Gericht zu Gericht. Immerhin haben sie Verbündete: die Vereinten Nationen. Gemäss Artikel 27 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte dürfen ethnische Minderheiten nicht daran gehindert werden, ihre Kultur auszuüben. Darum kam das höchste Gericht Norwegens zum Schluss, dass die Lizenz für die Windparks nicht hätte vergeben werden dürfen. Die Samin Maja Kristine Jáma war und ist mit ihrer Züchtergemeinschaft übrigens die treibende Kraft im Kampf gegen Fosen Vind. Und hat jetzt



**GEGENWIND:** In Norwegen investierten Credit Suisse und BKW in einen Windpark auf einer Fläche, die die Sami für ihre Rentiere nutzen. Samin Maja Kristine Jáma wehrte sich erfolgreich gegen die Windräder. FOTO: GETTY

vom höchsten Gericht recht bekommen. Viel Frauenpower im hohen Norden.

**WAS LERNEN WIR DARAUS?** Internationales Recht bricht also nationales Recht. Richtigerweise! Wie weiter? Rückbauen wird die Windräder vermutlich niemand. Aber die BKW und die Credit Suisse werden hoffentlich finanziell massiv bluten müssen. Wobei die Sami wissen: «Rentiere fressen kein Geld.»

Man kann heute Omeletten ohne Eier machen. Aber noch nicht genügend neue erneuerbare Kilowattstunden ohne

Freiflächen für Wind- und Solarenergie. Wir können den ökologischen Umbau zudem nur zusammen mit der betroffenen Bevölkerung und nicht gegen sie realisieren. Wir müssen mit ihr und nicht gegen sie bauen.

Auf dem Gebiet der beiden dünnbesiedelten Walliser Gemeinden Gondo und Simplon Dorf könnte man übrigens mit solaren bifazialen Freiflächen doppelt so viel Solarstrom produzieren wie mit den Anlagen von Fosen Vind. Mal schauen, wer wie viel aus dem Fall Fosen Vind gelernt hat.

### LINKS ZUM THEMA:

● [rebrand.ly/credit-fail](https://rebrand.ly/credit-fail)  
Journalist Lukas Hässig geht in seinem Onlineportal «Inside Paradeplatz» voll auf die Credit Suisse los, auf die «Credit Fail», wie er sie nennt. Dies unter anderem wegen des Falls Moçambique, dessen Tragweite noch zu wenig bekannt ist, weil alle Prozesse im Ausland laufen. Scheue Frage: Wo sind die Vertreter der Konzernverantwortungsinitiative, die aufzeigen, wie richtig sie mit ihrem Anliegen lagen?

● [rebrand.ly/bkw-fail](https://rebrand.ly/bkw-fail)  
Sabrina Schellenberg ist «Deputy Head of Media & Newsroom» der BKW. Sie berichtet am 12. August 2021 stolz, dass die BKW an der in Betrieb genommenen, widerrechtlich erstellten Fosen Vind 11 Prozent der Anteile halte. Ein Schreiber namens Raik stellt ihr online die Frage: «Hallo, ist es wahr, dass dieses Windprojekt jetzt rückgebaut werden muss, nachdem die Gerichte nun entschieden haben, dass es die Rechte der indigenen Bevölkerung verletzt?» Wir warten auf die Antwort.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](https://www.workzeitung.ch)

# 28. November: Es geht um viel mehr als das Zertifikat Covid-Gesetz: Neinsagen heisst weniger Geld für Lohnabhängige und KMU



ES GEHT UM VIEL GELD! Wird das Covid-Gesetz abgelehnt, erhalten auch Beizen keine Wirtschaftshilfen mehr. FOTO: KEYSTONE

**Alle reden vom Zertifikat. Doch im Covid-Gesetz geht es vor allem um Corona-Finanzhilfen für Arbeitnehmende, Beizen, Clubs, Kultur und Kitas. Diese dürfen wir nicht gefährden!**

CLEMENS STUDER

Bisher dominieren die Gegnerinnen und Gegner den Abstimmungskampf über das heiss umstrittene Covid-Gesetz. Laut und lärmig tun sie so, als ginge es bei der Abstimmung am 28. November nur um ein Ja oder Nein zum Covid-Zertifikat (siehe Text unten). Das ist falsch und fahrlässig, denn gerade für Lohnabhängige, KMU und Kleinstunternehmerinnen und -unternehmer steht viel auf dem Spiel. Viel Geld! Die wichtigsten Punkte des Gesetzes sind:

- Verbesserte Wirtschaftshilfen für Arbeitnehmende und Unternehmen, die wegen der Pandemie vorübergehend schliessen mussten oder hohe Umsatzeinbussen erlitten. Damit werden Löhne gesichert, Konkurse und Entlassungen verhindert.
- Zusätzliche Taggelder für Stellenlose.
- Ausweitung der Härtefallhilfen und des Erwerbsersatzes für Selbständigerwerbende.
- Zusätzliche Entschädigungen und Finanzhilfen für die Eventbranche und Kitas.

- Finanzhilfen für freischaffende Künstlerinnen und Künstler.

Für alle diese Fortschritte haben die Gewerkschaften und fortschrittliche Parteien energisch und hart gekämpft. Wenn das Covid-Gesetz jetzt abgelehnt wird, fallen die erzielten Fortschritte weg. Denn bei einem Nein wird die bürgerliche Mehrheit des Parlaments dazu kaum mehr Hand bieten.

Wer den Lohnabhängigen und Unternehmen nicht schaden will, muss also dringend ein Ja in die Urne legen. Dies umso mehr, als wir nun schon zum zweiten Mal über das Covid-Gesetz abstimmen. Das wurde nötig, weil das Parlament die im Juni vom Volk mit 60,2 Prozent angenommene Fassung vom September 2020 verbessert hat. Die Änderungen, über die wir jetzt abstimmen, waren bei der ersten Abstimmung bereits bekannt. Trotzdem ergriffen die Juni-Verlierer auch gegen diese Änderungen das Referendum.

Leider kommen die Gesetzesbefürworterinnen und -befürworter nur langsam aus den Startlöchern. Und überlassen damit den Corona-Schwurblern das Feld, die zudem bei klickgeilen Gross-Medien willige Verbündete finden. Unwidersprochen können sie so allerlei Wildes behaupten.

## Worüber wir nicht abstimmen:

- Einen Impfpflicht: Auch keinen «impliziten». Denn das Zertifikat ist auch erhältlich für Menschen, die nicht geimpft oder genesen sind.
- Die Maskenpflicht: Die kann der Bundesrat aufgrund des vom Volk deutlich angenommenen Epidemienetzes festlegen.

grund des vom Volk deutlich angenommenen Epidemienetzes festlegen.

- Verbot von Grossveranstaltungen: Dieses kann der Bundesrat aufgrund des vom Volk deutlich angenommenen Epidemienetzes festlegen, wenn die Seuche noch mehr Fahrt aufnimmt.
- Ob es Corona gibt oder nicht: Denn eine Pandemie lässt sich nicht wegtröteln, und ein Virus hat keine Ohren. Da können Trychler ihre Glocken baumeln lassen, wie sie wollen.

## Was passiert bei einem Ja?

Der vorsichtige Weg aus der noch nicht überstandenen Pandemie kann weitergegangen werden. Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemiebekämpfung können weiterhin und besser gelindert werden.

## Was droht bei einem Nein?

Die Ansteckungszahlen und Todesfälle steigen bereits jetzt – ohne Schutzmassnahmen drohen die Spitäler und somit auch die Ärztinnen und Pfleger wieder an die Überlastungsgrenzen zu stossen. Und der Winter hat noch nicht begonnen. Es drohen neue Schliessungen von Restaurants und Läden, das Verbot von Kulturveranstaltungen mit all ihren wirtschaftlichen Folgen. Und diese könnten ausserdem im Unterschied zu heute nicht mehr abgefedert werden. Denn die Rechtsgrundlagen für die Covid-Hilfen laufen spätestens Anfang 2022 aus.

## Zertifikat: Falschinformationen gegen mehr Freiheit

Restaurants und Bars füllen sich, Wirtinnen und Wirte machen wieder mehr Umsatz. In die Fussballstadien und Eishockeyarenen ist wieder Leben eingekkehrt. Musikerinnen spielen wieder vor gut gefüllten Sälen, Autoren lesen vor Publikum ohne

### Das Covid-Zertifikat bewährt sich.

Maske. Und wer will, kann in die meisten Länder reisen, ohne in Quarantäne zu müssen.

Nein, die Pandemie ist nicht vorbei, aber das Zertifikat ist da. Wer geimpft ist, von Corona genesen oder negativ getestet, kann seit dem 13. September Beizen, Sportanlässe, Veranstaltungen, Chorproben, Museen, Messen und

Fitnesszentren wieder befreit von weiteren Schutzmassnahmen besuchen. Das Covid-Zertifikat bewährt sich.

**SPALTUNG?** «Corona-Skeptiker» und die SVP beklagen eine angebliche «Spaltung der Gesellschaft» und die Ausgrenzung von Nichtgeimpften durch die Zertifikatspflicht. Dabei erhalten auch diese problemlos ein Zertifikat, wenn ihr Test negativ ausfällt. In die (Quer-)Front der Corona-Schwurblern haben sich auch einige Linke eingereiht, die in den Medien für einmal grosse Aufmerksamkeit bekommen. Denn schliesslich lieben rechte Medien kaum etwas mehr als Linke, die rechte Parolen verbreiten. Von links wird etwa ange-

führt, das Covid-Zertifikat ermögliche eine «Massenüberwachung». Auch das ist ziemlich faktenfrei.

Das Zertifikat wird ausschliesslich lokal in der «Covid Certificate»-App auf dem Smartphone gespeichert. Weder Personendaten noch die Zertifikate werden in einem zentralen System gesammelt. Oder anders herum: Das Covid-Zertifikat sammelt null persönliche Daten. Ganz im Unterschied etwa zu Facebook, Google & Co.

Übrigens: Der Bundesrat wollte den Zertifikatsartikel gar nicht im Covid-Gesetz haben. Es

waren die bürgerlichen Abgeordneten Lorenz Hess (Mitte, BE) und Regine Sauter (FDP, ZH), die mit ih-

ren entsprechenden Anträgen Erfolg hatten. Beide übrigens, wie sie argumentierten, um den Bundesrat zu Öffnungsschritten zu drängen. Wenn jetzt also die sogenannten «Corona-Skeptiker» darin eine «Diktatur des Bundesrates» sehen, liegen sie damit genauso wild falsch wie mit ihrer Behauptung, mit den Impfungen werde ein Chip von Bill Gates in die Menschen gespritzt. (cs)



Dank Zertifikat endlich wieder an Anlässe. FOTO: KEYSTONE



## Die Briefträgerin & die Brockenstube

«Wir bauen nicht ab, wir bauen um!» Immer wenn die Briefträgerin an diesen Post-Slogan denkt, kommt ihr in den Sinn, wie ein Bekannter einmal auf einem Flugblatt von der «geschwätzigen Form des Ver-



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

schweigens» schrieb. Worum es damals ging, weiss die Briefträgerin nicht mehr. Aber die Formulierung blieb unvergessen.

Die Briefträgerin hatte ein dringendes Postgeschäft zu erledigen. Die Agentur, im Quartier in einer speziellen kleinen Buch-

## Ist die «Post von morgen» nicht eher ein Neu- als ein Umbau, Abbau inklusive?

handlung installiert, öffnete erst um zehn. Es war jetzt neun und die nächste Poststelle eine Reise weit entfernt. Wobei: Briefmarken, schöne Briefmarken, bräuchte die Briefträgerin ja auch noch – die gibt's in den Agenturen nicht. Bar einzahlen und Bargeld abheben ist ebenfalls nicht möglich.

Die meisten Briefkästen werden nur noch werktags am Morgen geleert. Standort und Öffnungszeiten der nächstgelegenen Poststelle sind via QR-Code zu ermitteln, sagt ein Hinweis am gelben Kasten. Weh denen, die kein Smartphone haben. Eine Schreibfreundin der Briefträgerin rief erstaunt aus: «Eure Briefeinwürfe wurden bis dato auch am Wochenende geleert? Das ist bei uns in Wien längst nicht mehr so!» – Kein Grund, Beifall zu nicken, sind beide sich einig.

**ABBAU INKLUSIVE.** Nun, wenn Service public in Zukunft meint, dass die Nutzniessenden der Post alles selber und digital von zu Hause aus machen – wofür sie bestenfalls einen Rabatt bekommen –, dann stimmt die Parole. Oder doch nicht? Handelt es sich bei der «Post von morgen» nicht eher um einen Neu- als um einen Umbau, Abbau inklusive?

Die Poststellenschliessungen sollen bald ein Ende haben. Sagt die Post. Neu will sie zusätzliche Firmen in ihre Räumlichkeiten holen, statt diese zu schliessen. Doch die Poststelle 3000 Bern 13 im Mattenquartier erwischt's noch. Ein Brockenhaus will die Räume übernehmen und nebenher eine Postagentur betreiben. Wenn das nicht Symbolgehalt hat! Die «physischen» Postdienstleistungen, die Schaltesgeschäfte als Antiquität...

## Grossbritannien EU-Bürger fehlen

Die Italienerin Martha L. wollte ihren Onkel in Grossbritannien besuchen. Am Zoll wurde sie abgefangen und in ein Ausschaffungszentrum gesteckt. Sie hatte gesagt, dass sie auch mal die Kinder des On-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

kels hüten wolle, das ist im Brexit-Land eine nicht erlaubte Au-pair-Tätigkeit. Einen ähnlich bösen Empfang erlebten Tausende EU-Bürgerinnen und -Bürger, die unkompliziert nach Grossbritannien einreisen wollten wie zu Zeiten der Personenfreizügigkeit. Sie wurden an der Grenze zurückgeschickt. Viele, nachdem sie tagelang in Ausschaffungszentren hatten warten müssen.

**NICHTS WIE WEG!** Die Liquidierung der Personenfreizügigkeit war ein zentrales Element des britischen Austritts aus der EU. «Die Kontrolle wiedererlangen!» das forderte der erfolgreichste Slogan vor der Volksabstimmung von 2016. Danach begannen für Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in Grossbritannien lebten, Jahre der Unsicherheit. Zuerst war lange unklar, unter welchen Bedingungen sie bleiben können. Nach längerem Bangen haben fünfzehn Millionen von ihnen eine Bewilligung erhalten, zum Teil allerdings nur provisorisch. Hunderttausende packten angesichts der Unsicherheit und der fremdenfeindlichen Stimmung ihre Koffer und verliessen das Land.

**Jetzt fehlen die Arbeitskräfte in vielen systemrelevanten Bereichen.** Wer nun neu in Grossbritannien arbeiten und leben will, muss vor einem elitären Punktesystem bestehen. Bauarbeiter, Chauffeure, Pflegendе, Kinderbetreuerinnen schaffen das meist nicht. Kein Wunder, ist die jährliche Neuzuwanderung aus Ländern der EU seit dem Brexit um zwei Drittel geschrumpft. Grossbritannien fehlen jetzt die Arbeitskräfte in vielen systemrelevanten Bereichen. Ernten bleiben liegen, Alten und Kranken fehlt die Pflege, Waren werden nicht geliefert, und in den Läden bleiben die Regale leer.

**WER'S GLAUBT!** Premier Boris Johnson beschwichtigt, das seien nur Übergangsphänomene. Die Wirtschaft werde bald schon aufblühen. Und bald werde auch Schluss sein mit Dumpinglöhnen. Dann werden auch die Britinnen und Briten wieder bauen, pflegen und chauffieren. Wer's glaubt, wird selig! Dabei hätte der Inselstaat das Problem mit der Lohnrückerei doch wie die Schweiz lösen können: mit Mindestlöhnen und anderen flankierenden Massnahmen. Ohne diese gibt's in Britannien mehr Schwarzarbeit und Heerscharen von Saisoniers aus der Ukraine und anderen armen Ländern Europas.



## Mitreden in Pflege und Betreuung

Arbeitest du im Pflegebereich? Dann komm an die Unia-Branchenkonferenz! Erfahre mehr über regionale Pflegegruppen und unseren Einsatz für gute Arbeitsbedingungen. Melde dich jetzt an: [www.unia.ch/pflegekonferenz](http://www.unia.ch/pflegekonferenz)

# Pflege-Initiative und Gegenvorschlag im Vergleich Nur mit der Initiative kommen die Pflegenden wieder auf die Beine

**Die Umfragen zur Pflege-Initiative zeigen rekordmässige Ja-Werte. Das ist auch gut so, weil der Gegenvorschlag zu schwach ist.**

CHRISTIAN EGG

Rekordverdächtige 78 Prozent wollen laut der ersten SRG-Umfrage am 28. November Ja zur Pflege-Initiative sagen. Diese verlangt: Bund und Kantone müssen für eine genügende Anzahl diplomierter Pflegefachpersonen sorgen, und diese sollen gewisse Leistungen direkt mit der Krankenkasse abrechnen dürfen. Der Bund muss zudem Vorschriften erlassen zu den Arbeitsbedingungen in der Pflege und zur beruflichen Weiterbildung. Und schliesslich dafür sorgen, dass die Pflege in Spitälern, Heimen und in der Spitex angemessen durch die öffentliche Hand entschädigt wird.

Die Pflegenden leiden seit Jahren an Spardruck und Unterbesetzungen. Und sie haben hartnäckig auf ihre Situation aufmerksam gemacht. So hartnäckig, dass sogar die rechte Mehrheit im Parlament eingesehen hat, dass die Initiative sehr gute Chancen hat. Sie hat deshalb einen sogenannten indirekten Gegenvorschlag gezimmet.

**Der Gegenvorschlag ist nicht «sofort» umsetzbar.**

Der Gegenvorschlag kann das Referendum ergriffen werden, was zu einer neuen Volksabstimmung führen würde.

**GEGENVORSCHLAG: AM ZIEL**

Er greift aber nur zwei der fünf Forderungen der Initiative auf. Bund und Kantone sollen in den nächsten acht Jahren rund eine Milliarde Franken zur Verfügung stellen, um die Ausbildung in der Pflege zu forcieren. Und Pflegendе sollen gewisse Leistungen direkt mit der Krankenkasse abrechnen dürfen.

Gar nichts ändern will der Gegenvorschlag an den Arbeitsbedingungen, der Weiterbildung und der Entschädigung der Pflegeleistungen. Er wird damit auch nichts ändern an der chronischen Überlas-



PFLEGE AM LIMIT: Protestaktion der Pflegerinnen und Pfleger des Universitätsspitals Zürich. FOTO: KEYSTONE

ten Gegenvorschlag kann das Referendum ergriffen werden, was zu einer neuen Volksabstimmung führen würde.

Die Initiative dagegen legt Fristen fest. Innerhalb vier Jahren muss das Parlament die Ausführungsbestimmungen verabschieden. Bis es so weit ist, muss der Bundesrat Massnahmen treffen. Und zwar innerhalb von achtzehn Monaten.

**Behauptung:** «Der Gegenvorschlag ist sofort umsetzbar.»

**Falsch!** Alle Kantone müssten ihren Beitrag zum Milliarden-Ausbildungspaket erst noch beschliessen. Das kann Jahre dauern. Und ob der Gegenvorschlag überhaupt in Kraft tritt bei einem Nein zur Initiative, ist nicht garantiert. Denn im Unterschied zu einem direkten Gegenvorschlag tritt ein indirekter nicht «automatisch» in Kraft, wie die Initiativ-Gegnerschaft glauben machen will. Gegen einen indirek-

ten Gegenvorschlag kann das Referendum ergriffen werden, was zu einer neuen Volksabstimmung führen würde.

Die Initiative dagegen legt Fristen fest. Innerhalb vier Jahren muss das Parlament die Ausführungsbestimmungen verabschieden. Bis es so weit ist, muss der Bundesrat Massnahmen treffen. Und zwar innerhalb von achtzehn Monaten.

**Behauptung:** «Die Initiative lässt die Gesundheitskosten explodieren.»

**Falsch!** Gute Pflege spart Kosten. Eine Studie der Uni Basel zeigt, dass im Pflegeheim 42 Prozent der Spitalerweisungen vermeidbar wären, wenn mehr qualifiziertes Personal zum Einsatz käme. Und wenn es dank der Initiative schon nur gelingt, Pflegerinnen und Pfleger im Schnitt ein Jahr länger im Beruf zu behalten, spart das jedes Jahr 30 Millionen Franken an Ausbildungskosten. Ausserdem machen Pflege-löhne nur gerade 17 Prozent der Kosten eines Spitals aus.

**Behauptung:** «Die Initiative bringt nur diplomierten Pflegefachkräften etwas.»

**Falsch!** Die Initiative verlangt Vorschriften zu Arbeitsbedingungen und Weiterbildung «für die in der Pflege tätigen Personen». Auch die bessere Abgeltung der Pflege durch die öffentliche Hand käme allen Pflegenden zugute.

## workfrage: Woran krankt die Pflege in der Schweiz?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: [work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch](mailto:work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch)

## Lohngleichheit, Elternzeit und Schluss mit Femiziden! Frauensession: 77 Geschäfte in nur zwei Tagen

**Am 29. und 30. Oktober war das Bundeshaus ganz in Frauenhand: Die 264 Teilnehmerinnen wollen von der Politik endlich Taten sehen.**

PATRICIA D'INCAU

Jubel, Applaus, Standing Ovation: Eine solche Aufbruchstimmung herrscht unter der Bundeshauskuppel sonst eher selten. Und eine derartige Effizienz auch nicht: Ganze 77 Geschäfte haben die Teilnehmerinnen der Frauensession innert nur zweier Tage beraten, verabschiedet oder verworfen. So viel Elan begeistert auch Unia-Mitglied Emine Sariaslan (57). Sie war an der Frauensession als Teilnehmerin dabei und sagt: «Es war einfach toll!»

Besonders beeindruckt hat die Bernerin die Offenheit, mit der die Frauen miteinander politisierten. «Wir konnten frei reden, ohne Hemmungen. Und Forderungen

einbringen, die fortschrittlich sind», erzählt Sariaslan. Auch wenn gewisse Vorlagen am Schluss doch nur abgeschwächt durchkamen, wie etwa diejenige für Gratis-Kitas für alle. Der Kompromiss: ein genereller Ausbau des Kinderbetreuungsbereichs, finanziert durch einen neuen Fonds.

Auch andere pointierte Forderungen scheiterten im Plenum. Wie jene nach der Bezahlung von Bäuerinnen. Noch heute arbeiten 70 Prozent von ihnen gratis auf dem heimischen Hof, ohne Lohn und ohne Sozialversicherungen. Unia-Frau Judith Venetz wollte das ändern. Sie machte sich in der Landwirtschaftskommission für einen Bäuerinnenlohn stark. Doch: «Leider konnte sich die Kommission nicht einigen.» Damit hatte das

Vorhaben einen schweren Stand. Und setzte sich schliesslich auch bei der Schlussabstimmung nicht durch.

**SCHLUSS MIT GEWALT!**

Insgesamt 23 Forderungen haben die Teilnehmerinnen im Plenum schliesslich angenommen. Sie verlangen unter anderem:

- die Schaffung einer unabhängigen Bundesbehörde zur Durchsetzung der Lohngleichheit;
- die Einführung einer Elternzeit, die die Mutterschaftsversicherung und den Vaterschaftsurlaub ergänzt;
- die Unterstellung von Beschäftigten in Privathaushalten unter das Arbeitsgesetz;
- das Stimm- und Wahlrecht auf Bundesebene für alle Personen ohne Schweizer Pass, die seit 5 Jahren in der Schweiz leben;
- den Einsatz von 0,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – oder aktuell: 706 Millionen Franken – für den Schutz vor geschlechterspezifischer Gewalt.

Für Hühnerhaut sorgten zwei Teilnehmerinnen, als sie im Plenum die Namen der Frauen verlasen, die seit Anfang Jahr von einem Mann getötet wurden. 25 solche Femizide sind in der Schweiz seit Januar verübt worden. 4 davon alleine im Oktober. Dazu kommen 11 Femizid-Versuche. Tendenz steigend.

**UND JETZT?**

Umso dringender ist es, dass die Schweiz endlich Massnahmen ergreift. Jetzt ist das Parlament am Zug: Es muss über die Forderungen der Frauensession beraten, die als Petitionen verabschiedet wurden. Ob National- und Ständerat dem Willen der Frauen folgen, ist offen. Von einem aber ist Gewerkschafterin Sariaslan überzeugt: «Die Vernetzung, die unter uns Frauen stattgefunden hat, die wird Wirkung haben. Über die Frauensession hinaus! Wir sehen, dass wir die Gleichstellung erst erreichen, wenn wir uns gut organisieren und die Solidarität unter uns stärken.»



FOTO: MEY

Nespresso-Adventskalender-Verpackerin Marinela B. packt aus

# Ein Stundenlohn von 14 Franken 45!

**Für diesen lausigen Lohn chrampfte Verpackerin B. bei Nestlé-Zulieferer Marvinpac. Am Lohndumping beteiligt ist eine ganze Kette von Unternehmen. An ihrer Spitze: Nestlé.**

CHRISTIAN EGG

Die drei Nespresso-Fabriken in der Waadt und im Kanton Freiburg laufen rund um die Uhr im Vier-Schichten-Betrieb. Sie produzieren die trendigen bunten Nespresso-Kaffeekapseln für die ganze Welt. 3,2 Milliarden Franken Umsatz erzielte Nestlé damit alleine in den ersten sechs Monaten dieses Jahres.

Dazu beigetragen hat auch die Produktionsarbeiterin Marinela B. Sie stellt Präsentationsboxen und Adventskalender mit Nespresso-Kapseln her. Das Befüllen der Boxen übernehme eigentlich ein Roboter, sagt sie. Aber sie muss die Schachteln mit den angelieferten Kapseln öffnen und dem Roboter hinstellen. «Manchmal lässt er Kapseln fallen. Dann müssen wir den Inhalt der Box von Hand ergänzen.» Nachher die fertigen Boxen aufs nächste Förderband stellen, wo sie einen Strichcode bekommen. Und so weiter. Eigentlich mache sie die Arbeit gern, sagt Marinela B. «Aber der Lohn ist viel zu tief.» Bis vor kurzem erhielt sie 14 Franken 45 pro Stunde, plus einen «Teambonus» von 2 Franken 50.

## KETTE VON LOHNDRÜCKERN

B. arbeitet jedoch nicht direkt für Nespresso. Sondern bei der Verpackungsfirma Marvinpac im freiburgischen Châtel-Saint-Denis. Dort füllt sie auch Kosmetika ab, etwa für die Luxusmarken Valmont oder La Prairie. Der grösste Auftraggeber ist aber Nestlé mit den Nespresso-Artikeln.

Doch Marinela B. ist auch nicht bei Marvinpac angestellt. Sondern bei der Temporärfirma Kelly Services. Sie ist am Ende einer ganzen Kette von Unternehmen und Subunternehmen, von denen jedes auf den Preis drückt. Verpackerin B. sagt es so: «Nestlé zahlt Marvinpac schlecht. Marvin-



**PRODUKTIONSARBEITERIN MARINELA B.: «Nestlé zahlt Marvinpac schlecht. Marvinpac zahlt Kelly schlecht. Und Kelly zahlt uns schlecht.»** FOTOS: ZVG / MONTAGE: WORK

pac zahlt Kelly schlecht. Und Kelly zahlt uns schlecht.»

Für Noé Pelet von der Unia Waadt ist der Fall klar: «Das ist Lohndumping!» Denn der Gesamtarbeitsvertrag Personalverleih sieht vor, dass die Temporärfirmen «orts- und branchenübliche Löhne» zahlen. Und die lägen im Fall von Marvinpac zwischen 22 und 26 Franken pro Stunde, so Pelet. Plus Zuschläge für Ferien, Feiertage und den Dreizehnten.

## MICKRIGE VERBESSERUNGEN

Im Sommer gibt's bei Marvinpac viel zu tun. Vor allem wegen der Nespresso-Adventskalender. Da seien sie bis zu hundert Temporäre gewesen, sagt Marinela B. 36 von ihnen wollten das Lohndumping nicht mehr hinnehmen. Allein diesen 36 Mitarbeitenden schuldet Kelly Services rückwirkend insgesamt 420 000 Franken Lohn, hat Unia-Mann Pelet berechnet.

Nach einer ersten Protestaktion im Juni gab es Verhandlungen. Doch die Reaktion der Chefs war lausig: Auf Oktober erhöhten sie die Löhne auf 15 Franken 95. Immer noch viel zu wenig. Und über eine rückwirkende Lohnzahlung wollten sie erst gar nicht verhandeln. Gegenüber work schreibt Kelly Services von «stufenweisen Lohnanpassungen im Hinblick auf die Änderung des GAV im Jahr 2023». Denn ab dann gelten überall in der Industrie verbindliche Mindestlöhne für Temporäre (work berichtete: [rebrand.ly/temp-gav](http://rebrand.ly/temp-gav)). Die gegenwärtigen Löhne findet Kelly «gesetzeskonform». Deshalb komme eine rückwirkende Zahlung nicht in Frage. Ar-

beiterin Marinela B. ist enttäuscht: «Sie wissen ganz genau, dass sie im Unrecht sind. Aber sie wollen es nicht anerkennen.» Jetzt nehmen sie und ihre Kolleginnen die

## «Der GAV verlangt 22 bis 26 Franken pro Stunde.»

NOÉ PELET, UNIA WAADT

Firma ins Visier, die am Ende vom Lohndumping profitiert: Nestlé (siehe Kasten). Am 21. Oktober protestierten sie vor der Nespresso-Boutique in der Lausanner Innenstadt. B. sagt: «Wir hoffen, dass Nestlé hier etwas bewegen kann.»

## UND WAS SAGT NESTLÉ?

Der Multi könnte, wenn er wollte. Er vergibt den Auftrag – wer zahlt, befiehlt. Die Forderung von 420 000 Franken von B. und ihren Kolleginnen würde Nestlé ein müdes Lächeln kosten: So viel Umsatz erwirtschaften die drei Nespresso-Fabriken in 35 Minuten.

Nestlé schreibt work, man habe bei Marvinpac ein «spezielles, zusätzliches Audit» durchführen lassen. «Nun setzt Marvinpac eine Reihe von Massnahmen um.» Welche Massnahmen? No comment von Marvinpac oder Nestlé. Ist Nestlé bereit, Hand zu bieten für eine Lösung der Lohnforderungen? Keine Antwort. Ist Nestlé bereit, einen höheren Preis für seine Verpackungsaufträge zu bezahlen? Keine Antwort.



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## TOD IN DEN WÄLDERN POLENS

In den polnischen Wäldern sterben die Menschen. Kinder, Frauen und Männer aus Syrien und dem Irak, aus Afghanistan, Jemen und Somalia erfrieren, verhungern, töten sich selbst. Neue Verbrecher sind am Werk. Und die Machthaber in Brüssel schützen sie durch ihre Gleichgültigkeit.

**DIE WAFFE WEISSRUSSLANDS.** Das weissrussische Gangsterregime des Viktor Lukaschenko in Minsk steht unter europäischen Sanktionen wegen Wahlbetrugs, Verfolgung aller Oppositionellen und Verletzung der Menschenrechte. Der Diktator hat deshalb eine Waffe geschaffen, um seinerseits die EU-Kommissare zu bedrängen. Gepeinigete Flüchtlinge, die vergeblich versuchen, an den Aussengrenzen der Festung

**Neue Verbrecher sind am Werk. Und die Machthaber in Brüssel schützen sie durch ihre Gleichgültigkeit.**

Europa ihr Recht auf Asyl geltend zu machen, erhalten ein Visum für Weissrussland. Wenn

sie in Minsk landen, werden sie von Agenten des Geheimdienstes – der immer noch KGB heisst – in Empfang genommen. Mit Bussen oder Lastwagen werden sie an die polnische Grenze gefahren und dort in die Wälder getrieben. Mit diesen Flüchtlingsströmen will Lukaschenko die EU-Kommissare zur Annullierung ihrer Sanktionen zwingen.

Polen verweigert jede Aufnahme von Flüchtlingen. Es hat eine 180 Kilometer lange doppelte Sperre aus Nato-Stacheldraht durch die Wälder gezogen. Zurück nach Weissrussland können die Flüchtlinge aber auch nicht. Lukaschenko verweigert jede Rücknahme. Wie viele frierende Menschen in den Wäldern herumirren, weiss niemand.

Einige wenige Journalisten legen Zeugnis ab. Zum Beispiel Florian Hassel von der «Süddeutschen Zeitung». Beim polnischen Grenzdorf Michalowo begegnete er acht gefangenen jungen Somaliern in dünner Sommerkleidung. Sie hatten fünf Tage nichts gegessen, einige hatten Verletzungen, alle froren erbärmlich. Fünfzehn Tage waren sie schon im dichten Wald unterwegs. Es war ihr siebter Versuch, die Grenzsperrungen zu überwinden. Schläger der polnischen Grenzpolizei hatten sie bisher regelmässig in den Wald zurückgejagt.

**KEINE UNO-HILFE.** Das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) ist völkerrechtlich verpflichtet, das universelle Menschenrecht auf Asyl zu schützen und Flüchtlingen, woher sie auch immer kommen und wo sie auch immer sind, beizustehen. Hochkommissar Filippo Grandi, dessen Behörde in Genf sitzt, hat 9300 feste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ein Jahresbudget (2021) von 9,1 Milliarden Dollar. Im polnischen Grenzgebiet ist kein einziger Uno-Beamter präsent.

Die Schweiz ist eine der wichtigsten Geldgeberinnen dieser Uno-Behörde. Lange Jahre war sie Mitglied des Exekutivkomitees, dem Grandi unterstellt ist. Parlament, Bundesrat, aber auch die Zivilgesellschaft müssen von Grandi verlangen, dass er endlich menschenwürdige Auffanglager in der Grenzzone errichtet und so der fürchterlichen Tragödie in den polnischen Wäldern ein Ende setzt.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Im letzten Jahr erschien im Verlag C. Bertelsmann (München) sein neuestes Buch: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

## Nestlé: Dank Corona explodiert der Umsatz

Der Nahrungsmittelgigant Nestlé (Gewinn 2020: 12,2 Milliarden Franken) kam gut durch die Pandemie. Hamsterkäufen und Homeoffice sei Dank. Eindrücklich der Nettogewinn pro Mitarbeitende: 44 800 Franken, rund doppelt so viel wie im Durchschnitt der Branche.

**SAGENHAFT.** Durch die Decke ging dank Corona auch der Unternehmensbereich Nespresso: Im ersten Halbjahr wuchs der Umsatz um sagenhafte 14,3 Prozent auf 3,2 Milliarden Franken. Mittlerweile gehört die Schweiz dank den farbigen Kapseln zu den fünf wichtigsten Kaffee-Exporteuren weltweit. Wie lukrativ das Business ist, zeigt ein Blick auf die Schweizer Aussenhandelsstatistik (Zahlen von 2019): Importierte, nicht geröstete Kaffeebohnen kosteten im Schnitt vier Franken pro Kilo. Gerösteter Kaffee wurde dagegen für 30 Franken exportiert. (che)

## Unia-Umbauprojekt 1200 Ideen für die Zukunft

**Der Anfang ist gemacht: In offenen Onlinekonferenzen haben Mitglieder Hunderte Vorschläge zur Verbesserung der Unia eingebracht. Und das wird nun aus all diesen Ideen.**

JOHANNES SUPE

Es war ein Kraftakt. Zwischen Anfang September und Ende Oktober hielt die Unia 32 digitale Versammlungen ab. Deren Ziel: Herausbekommen, wie sich die Mitglieder ihre Gewerkschaft in Zukunft wünschen. Diese erste Phase von «Unia 2.0» ist jetzt vorbei. Und nun ist klar: An Ideen mangelt es nicht! Mehr als 1200 Vorschläge haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterbreitet, jetzt geht es ans Auswerten.

### DOPPELSPURIGKEITEN VERMEIDEN

Eine erste Übersicht ist bereits erstellt. In stunden- und abendlangender Arbeit hat eine – ebenfalls aus Mitgliedern bestehende – Begleitgruppe die Resultate gesichtet. Und sie hat einen ersten Bericht verfasst. In ihm werden zehn übergeordnete Themen für den grossen

### Das Ringen um die besten Ideen hat erst begonnen.

Umbau vorgeschlagen und nach ihrer Bedeutsamkeit eingeordnet. Besonders wichtig ist demnach, dass der Aufbau der Unia vereinfacht wird. Dazu heisst es im Bericht: «Übertriebene Struktur-Komplexität führt zu langen Entscheidungswegen, zu Doppelspurigkeiten, komplexen bzw. unklaren Verantwortlichkeiten und einer Multiplikation von Zuständigkeiten.» Einfach abbauen solle man bestehende Gremien aber nicht, warnt der Bericht. Sonst drohe die Gefahr, dass bislang aktive Mitglieder plötzlich weniger zu sagen hätten.

Weitere bedeutende Themen betreffen die Arbeitsweise der Unia. Bisweilen gebe es ein Gerangel zwischen zentral vereinbarten



UMBAUPROJEKT: Mitglieder beraten die Zukunft der Unia. FOTO: KEYSTONE

Zielen der Gewerkschaft und der Autonomie der einzelnen Unia-Regionen. Etwa dann, wenn eigentlich in der ganzen Schweiz um die Verteidigung des Schreiner-GAV gekämpft werden sollte, aber einige Regionen andere Prioritäten setzen. Hierzu heisst es im Bericht, dass im Interesse eines effektiveren gewerkschaftlichen Aufbaus «die Gremien der Gesamtorganisation verstärkte Ressourcenkompetenzen erhalten sollen». Letztlich geht es hier (auch) darum, wer entscheidet, an welchem Thema die Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretäre arbeiten.

### REGIONEN ÜBERDENKEN

Auch die sehr unterschiedlichen Grössen und die verschiedenen personellen sowie finanziellen Ausstattungen der Unia-Regionen haben die Mitglieder besprochen. Kleinere Regionen seien teils überfordert, den vielen an sie gestellten Ansprüchen Genüge zu tun. Flächenmässig grosse Regionen könnten hingegen ohne genügend Personal ihr Gebiet nur unter Schwierigkeiten betreuen. Entsprechend empfiehlt auch die Begleitgruppe in ihrem Rapport, dass über eine Mindestgrösse und -ausstattung der Unia-Regionen nachgedacht werden sollte.

«Sollte» ist dabei das entscheidende Wort. Denn der vorliegende Bericht fasst die bisherigen Diskussionen nur zusammen. Entscheiden werden die Gremien der Unia. Nachdem zunächst der Zentralvorstand über das Papier beraten haben wird, wird Anfang Dezember die nationale Delegiertenversammlung der Gewerkschaft über die tatsächliche Ausrichtung der Reform befinden. Danach werden alle Regionen, Interessen- und Branchengremien einbezogen. Das Ringen um die besten Ideen hat also erst begonnen.

## Mindeststeuersatz für Multis: OECD einigt sich auf 15 Prozent In Zug zittern sie schon

**Die internationale Staatengemeinschaft will global 15 Prozent Mindeststeuer für Multis. Da werden 18 Schweizer Kantone noch ziemlich ins Schwitzen kommen. Denn sie liegen an den Hauptorten deutlich darunter.**

CLEMENS STUDER

In den vergangenen Jahrzehnten haben internationale Konzerne und Superreiche immer weniger Steuern auf ihre Gewinne und Einkommen bezahlt. Linke Behauptung? Nein, harte Fakten. Multis verschieben ihre Gewinne

### Die Schweiz ist dick im Geschäft mit Steuervermeidung.

in Länder, in denen sie kaum oder keine Steuern zahlen müssen. Das funktioniert zum Beispiel beim Techgiganten Google so: Die Suchmaschinen-Technologie – also die Geldmaschine des Konzerns – gehört offiziell einer Google-Firma auf den Bermudas. Google-Tochterfirmen auf der ganzen Welt zahlen jedes Jahr exorbitante Lizenzgebühren an «Google Bermudas». Das schmälert den offiziellen Gewinn – und damit die Steuern – in jenen Ländern, in denen Google seine Milliarden verdient. Und von den öffentlichen Infrastrukturen profitiert. Die enormen Gewinne von «Google Bermudas» hingegen sind steuerfrei.

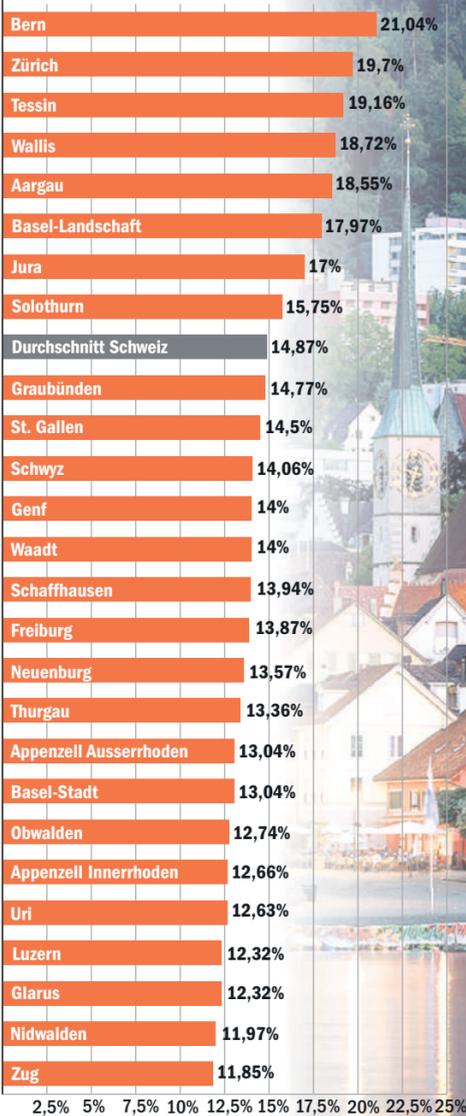
### STEUERVERMEIDER AMAZON

Oder der gewerkschaftsfeindliche Milliarden-Handelskonzern Amazon. Er beutet nicht «nur» Lohnabhängige aus, sondern bezahlt auch keine Gewinnsteuern. Konkret für das Amazon-Rekordjahr 2020: Bei einem Umsatz von rund 48 Milliarden Franken in Europa bezahlte die luxemburgische Firma, über die Amazon die europäische Geschäftssteuer abwickelt, keinen Euro Gewinnsteuern. Doch nicht nur die Techgiganten haben die Steuervermeidung zur Meisterschaft entwickelt. Auch Millionen von weniger gigantischen Unternehmen nutzen das Steuergelände zwischen den Staaten.

### ZWEI SÄULEN

Davon haben grosse Industrieländer jetzt die Nase voll. Als grosse Absatzmärkte entgehen ihnen nämlich Milliarden von Steuer-

### Gewinnsteuersätze in der Schweiz nach Kantonen im Jahr 2021



IDYLLE FÜR STEUERVERMEIDER: In Zug liegt die minimale Gewinnsteuer für Firmen bei 9,08 Prozent. FOTO: GETTY

einnahmen. Deshalb beauftragten die 20 grössten von ihnen (G 20) die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) damit, ein umfassendes Reformpaket für eine gerechtere internationale Unternehmensbesteuerung auszuarbeiten. Nach einem drei Jahre dauernden Feilschen stehen jetzt die Eckpunkte.

Die Reform besteht aus zwei Säulen. Die erste soll – verkürzt – Steuereinnahmen umverteilen. Und zwar von jenen Ländern, in denen die Konzerne offiziell ihren Sitz haben, zu jenen, in denen die Gewinne real erzielt werden. Davon wären in der Schweiz höchstens eine Handvoll Schweizer Konzerne betroffen, etwa Nestlé, Novartis und Roche. Unter anderem, weil die Finanzindustrie ausgenommen ist. Zusätzlich würde die Reform allenfalls einige Dutzend Schweizer Ableger von ausländischen

Grosskonzernen treffen. Die zweite Säule des Reformpakets besteht aus einer weltweiten Mindeststeuer. Diese soll – verkürzt – so funktionieren: Konzerne mit einem Jahresumsatz ab 750 Millionen Euro sollen auf ihren Gewinnen nicht weniger als 15 Prozent Steuern bezahlen. Zahlt die Tochter eines Konzerns im Ausland aber weniger als 15 Prozent Gewinnsteuer, muss der Multi die so gesparten Steuern im Heimatland bezahlen. Davon wären ein paar Hundert Schweizer Konzerne betroffen und einige Tausend Ableger von ausländischen Multis.

### TIEFSTEUERLAND SCHWEIZ

Es muss nicht immer die Karibik sein: Für Firmen und Grossverdienende ist die Schweiz ein Steuerparadies (siehe auch Artikel «Willkommen im Paradies für Wirtschaftskriminelle», Seite 12). Helvetien ist dick im Geschäft

mit der internationalen Gewinnverschiebung und Steuervermeidung. Die ordentlichen Steuersätze für Firmen liegen aktuell am Hauptort von 18 Kantonen unter dem geplanten OECD-Mindeststeuersatz von 15 Prozent. Und auch bei Kantonen, deren Hauptorte die 15 Prozent erfüllen, liegen manche Gemeinden darunter. Zum Beispiel im Kanton Solothurn.

Berücksichtigen wir weitere Möglichkeiten zur Steuervermeidung wie etwa Patentboxen, liegt der Schweizer Durchschnitt (Hauptorte) der minimalen Gewinnsteuern für Firmen bei 11,06 Prozent. Im Kanton Zug gar bei nur 9,08 Prozent. Kein Wunder, zittern die Steuervermeider-Anlocker dort jetzt schon. Patentboxen und ähnliche «Instrumente» sind zwar weiterhin erlaubt, aber nur wenn dadurch die Gesamtsteuer nicht unter 15 Prozent sinkt.

## 15-Prozent-Mindeststeuer: SVP-Bundesrat Ueli Maurer sucht schon neue Schlupflöcher



MAURER: Freund der Superreichen und Multis.

Der Mindeststeuer-Entscheid der OECD ist erfreulich. Er beschert nämlich auch der Schweiz zusätzliche Steuereinnahmen. Und er macht den internationalen Steuerkannibalismus ein bisschen weniger aggressiv.

**SCHLAUMEIEREIEN.** Doch statt Freude zu zeigen, wackelt das Finanzdepartement unter SVP-Bundesrat Ueli Maurer schon fiebrig an neuen Schlupflöchern. Zugunsten der Multis und der Superreichen werden neue Schlaumeiereien ausgetüfelt.

Dabei gäbe es für die erwartbaren Mehreinnahmen viel gescheiterte Verwendungszwecke: etwa für die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen, für die Energiewende, die Bildung oder das Gesundheitswesen.

Die Wirtschaftsverbände haben Maurer schon mal ihren Wunschzettel diktiert. Darunter: Bundessubventionen für Löhne und Sozialabgaben und Steuersenkungen für Superverdienende. Und selbstverständlich stehen alle Steuergeschenke darauf, die sie von ihren Parlamentarierin-

nen und Parlamentariern bereits haben aufgleisen lassen, zum Beispiel die Abschaffung aller Stempelabgaben, die Abschaffung der Industriezölle, die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationen und so weiter und so fort. Alles immer zugunsten der Firmen und der Superreichen, alles auf Kosten der öffentlichen Hand – also von uns allen. (cs)

### OECD-Entscheid beschert höhere Steuereinnahmen.



**FÜR MEHR RESPEKT UND MEHR LOHN:** Streikende McDonald's-Mitarbeiterin in Chicago. Sie ist eine von rund 100 000 Arbeitenden, die seit Anfang Jahr in den USA gestreikt haben. FOTO: GETTY



## GENUG IST GENUG!

In den USA sprechen alle von der «great resignation», der grossen Resignation. Doch die Lage ist nicht so hoffnungslos, wie sie auf den ersten Blick aussieht. Resignation bedeutet auf englisch nicht nur Mutlosigkeit. Es ist auch das gebräuchliche Wort für Kündigung. Und die Zahl der Leute, die in den letzten Monaten ihren Job aufgegeben haben, ist tatsächlich

gewaltig: **Ökonomen sprechen von einem stillen Generalstreik.** 4,2 Millionen waren es allein im August. In der Hotellerie

hängten in diesem einen Monat 7 Prozent aller Mitarbeitenden ihren Job an den Nagel. Fast die Hälfte aller US-Unternehmen geben gegenwärtig an, nicht genug – und vor allem nicht genügend qualifizierte – Stellenbewerbungen zu erhalten. Heute leisten in den USA etwa 3 Millionen weniger Lohnarbeit als vor der Pandemie.

**KURZE DENKPAUSE.** Für den Rückzug aus dem Arbeitsmarkt gibt es viele Gründe. Zahlreiche Betriebe, nicht zuletzt Kindertagesstätten, haben in der Krise ihren Betrieb eingeschränkt oder aufgegeben.

Andere Unternehmen, etwa Spitäler und Versandhäuser, haben ihre Mitarbeitenden bis zum Burnout überfordert. An manchen Arbeitsplätzen ist das Covid-Risiko nach wie vor gross.

Die vergleichsweise grosszügigen Arbeitslosenzulagen der Regierung von Joe Biden ermöglichten den Beschäftigten eine kurze Denkpause. Allerdings sind diese Programme nun ausgelaufen. Dennoch bleibt der Ansturm auf Jobs vorläufig aus.

Denn die Pandemie hat den Blick aufs Ganze verändert. Sie hat die Lohnarbeit abgewertet. Der Job ist nicht mehr unbedingt der Mittelpunkt des Lebens. Wenn der Lohn zu tief ist, der Anfahrtsweg zu lang oder der Boss zu arrogant, sagen die Arbeitenden nun eher: Genug ist genug! Sie schrumpfen nicht mehr um jeden Preis. Manche Ökonomen sehen die «great resignation» gar als stillen Generalstreik gegen die prekären Verhältnisse in der heutigen Arbeitswelt.

**UND DANN?** Das mit dem Generalstreik ist wohl etwas übertrieben. Der eigene Rückzug aus dem Arbeitsmarkt wird nicht automatisch zu besseren Arbeitsbedingungen für alle führen. Das wenige Geld, das die US-Mittelklasse während der Pandemie auf die Seite legen konnte, reicht nur für eine kurze Zeit ohne Lohnneinkommen. Und dann? Dann folgt hoffentlich auf die grosse Resignation die grosse Organisation der Beschäftigten. Die jetzige Streikwelle zeigt: Der Anfang ist bereits gemacht.

# So viele Arbeitskämpfe wie schon lange nicht mehr USA: Die grosse Streikwelle

**Pflegerinnen, Lehrer, Schulbusfahrer und Fast-food-Verkäuferinnen: Seit Anfang Jahr gab es in den USA 250 Streiks und 900 Arbeitsproteste. Das hat auch mit der Pandemie zu tun.**

LOTTA SUTER, VERMONT, USA

«Kämpft heute für ein besseres Morgen!» Mit diesem Slogan gingen McDonald's-Angestellte am 26. Oktober in zwölf US-Städten auf die Strasse. Es war der fünfte Protest innert dreier Jahre. Die Streikenden wollen endlich Taten statt Worte sehen beim Thema sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Und sie fordern eine McDonald's-Gewerkschaft. Wogegen sich das Grossunternehmen (39 000 Filialen in 119 Ländern) mit Händen und Füssen und eigens dafür angeheuerten Antigewerkschafts-Spitzeln wehrt.

In den USA streiken zurzeit aber nicht nur Fastfood-Verkäuferinnen. Sondern auch zwei Dutzend Schulbusfahrer im US-Bundesstaat Maryland. Gegen 100 Lehrerinnen und Lehrer in Florida. Mehrere Hundert Pflegefachkräfte in New York State, Minnesota und Connecticut. 450 Stahlarbeiter in West Virginia. Theaterschaffende in Massachusetts. Angestellte des Medienunternehmens Netflix in Los Angeles und der Müllabfuhr in Ohio.

### JOHN DEERE BIS HOLLYWOOD

Allein für den Monat Oktober dokumentiert ein Forschungsteam der Cornell-University 106 Arbeitsproteste, 56 davon waren Streiks. Seit Anfang Jahr sind es bereits über 250 Streiks und gegen 900 Arbeitsproteste. Schätzungsweise 100 000 Beschäftigte befinden sich in den USA zurzeit im Streik oder haben einem Streik zugestimmt. So viele Arbeitskämpfe gab es in den USA schon lange nicht mehr. Die Oktober-Streikwelle hat bereits ihren eigenen Hashtag: #Striketober. Doch auf der offiziellen Website des US-Arbeitsministeriums werden nur gerade zehn Streiks von Januar bis September 2021 aufgelistet (2020 waren es acht). Das US-Bureau of Labor Statistics erwähnt unter anderem die Mitarbeitenden der

IT-Firma Charter Technologies, die seit März 2017 streiken. Der längste Streik in der Geschichte der USA überhaupt. Aufgelistet sind auch die Minenarbeiter des Kohleunternehmens Warrior Met in Alabama, die im April 2021 ihre Arbeit niedergelegt haben. Diese beiden Streiks kommen deshalb vor, weil mehr als 1000 Personen an ihnen beteiligt sind. Diese willkürliche Grenze zur Erfassung von Arbeitskonflikten setzte die Reagan-Regierung in den 1980er Jahren fest. Aus Spargründen, wie es damals hiess. Das Resultat ist ein Zerrbild der Arbeitswelt.

### FIRMEN VERZEICHNEN REKORDGEWINNE

Die Fakultät und Studierende der Cornell University wollen jetzt eine neue, umfassendere Datenbank aufbauen. Bereits zeigt die gesammelte Information, dass Arbeitskonflikte in den USA nicht nur im Industriegürtel oder an der «linken» Westküste stattfinden, sondern im ganzen Land verteilt. Und gerade auch in ländlichen Gebieten. Ausserdem wird klar, dass schlechte Arbeitsbedingungen ziemlich branchenübergreifend sind. Doktoranden streikten in diesem Jahr für ihre Rechte. Aber auch Arbeiterinnen und Arbeiter ohne jegliche Berufsbildung. Die Produzenten von schweren Landwirtschaftsmaschinen (John Deere), von knusprigen Frühstücksflocken (Kellogg) und luftigen Unterhaltungsfilmen (Hollywood) trafen gleichermassen auf Widerstand von unten. In der Hollywood-Traumfabrik konnte ein Streik von über 60 000 Mitarbeitenden im letzten Moment durch bessere Arbeitsverträge abgewendet werden.

Bei John Deere sind am 14. Oktober 10 000 Mitarbeitende in 14 US-Bundesstaaten in den Streik getreten. Das ist die erste grosse Protestaktion seit 1986, als der Landwirtschaftsmaschinenkonzern ein halbes Jahr lang bestreikt wurde. Und der grösste Streik in der US-Privatwirtschaft seit General Motors im Herbst 2019.

Die John-Deere-Geschichte ist ziemlich exemplarisch: In den letzten Jahrzehnten haben sich die Gewerkschaften in den USA kaum geregert. Ihr Einfluss hat stetig abgenommen. Doch die Coronapandemie hat die Ungleichheiten und Widersprüche im Verhältnis von Kapital und Arbeit nicht nur offengelegt, sondern noch verstärkt. John Deere war nicht das einzige Unternehmen, das seiner Belegschaft in den letzten beiden Jahren unzählige Überstunden und Extraschichten abverlangte. Und gleichzeitig Rekordprofite verbuchte. Das Gehalt des CEO stieg 2020 um 160 Prozent auf 16 Millionen Dollar. Die Aktiengewinne stiegen

### Neue Hoffnung: Amazon-Gewerkschaft

Amazon USA ist seit 27 Jahren gewerkschaftsfrei. Und der Konzern mit 950 000 Mitarbeitenden will es auch bleiben. Wo sich Widerstand regt, wird dieser mit Zuckerbrot (mehr Lohn) und Peitsche (Entlassung von Aktivistinnen, Indoktrinierung und Bespitzelung der Belegschaft) bekämpft. In der jetzigen Streikwelle hilft offenbar alles nichts mehr.

**UNTERSCHRIFTEN.** Zwar lehnte die Mehrheit der Amazon-Mitarbeitenden im US-Bundesstaat Alabama im letzten April die gewerkschaftliche Organisation ihres Betriebes ab (work berichtete). Doch bereits läuft in den vier Amazon-Warenlagern von Staten Island, einem Stadtbezirk von New York, eine neue Kampagne. Ziel ist diesmal die Schaffung einer selbstbestimmten Amazon-Gewerkschaft. Die für die Abstimmung nötigen Unterschriften wurden dieser Tage eingereicht. Bereits haben Amazon-Mitarbeitende aus den Bundesstaaten New Jersey, Pennsylvania, Kalifornien, Texas und Florida Interesse an einem Beitritt zur Amazon Labor Union gezeigt. (Is)

um 17 Prozent. Der neue Arbeitsvertrag für die Mitarbeitenden war so schlecht, dass 90 Prozent dankend ablehnten und den Streik beschlossen.

Wenn die Streikenden bei John Deere, aber auch in den Spitälern, Schulen, Fabriken und im Detailhandel befragt werden, sagen viele, es gehe ihnen nicht allein ums Geld. Sie verlangen auch Respekt und Wertschätzung. Während der Coronakrise haben sie als «essential workers», als unentbehrliche, sogenannten systemrelevante Berufsleute, Mehrarbeit geleistet und dabei ihr Leben riskiert. Sie wurden oft und gern als Helden und Heldinnen gefeiert. Doch jetzt will man sie mit einem mickrigen Trinkgeld abspesen. Und dann wieder ausbeuten, als ob nichts geschehen wäre. Oder noch schlimmer: Die CEO wissen jetzt, wie viel ihre Untergebenen unter Druck leisten können. Die Produktivität ist in der Coronakrise bekanntlich gestiegen. Immer wieder sagen die Streikenden über das Verhalten ihrer Bosse: «Es ist ein Schlag ins Gesicht.»

Doch der Wille zum Widerstand nimmt wieder zu. Rebecca Rhine, Sekretärin der Filmgewerkschaft in Hollywood, hegt grosse Hoffnungen. Sie sagt: «Die Pandemie hat die Leute verändert. Sie wollen mehr Kontrolle über ihr Leben.

# Bei jedem Leak mit von der Partie Die Schweiz wäscht weisser – immer wieder und noch

**Schweizer Anwälte und Treuhänderinnen sind tief in das Offshore-Geschäft verstrickt. Das ist politisch gewollt. Ein kurzes Lehrstück aus jüngeren und jüngsten Zeiten.**

CLEMENS STUDER

Wenn Banken den Verdacht haben, über bei ihnen geführte Konten würden Gelder gewaschen, sind sie verpflichtet, dies zu melden. Das wollten sie lange nicht. Aber schliesslich war der internationale Druck so gross, dass sich auch die Schweizer Finanzindustrie den internationalen Regeln beugen musste. Zumindest ein bisschen. Nachdem Skandal um Skandal aufgefliegen war. Und nachdem sie den streitbaren Sozialisten Jean Ziegler in den finanziellen Ruin klagen lassen liess. Der heutige Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und work-Kolumnist hat vor genau 30 Jahren mit dem Buch «Die Schweiz wäscht weisser» wortgewaltig und faktenreich den Schweizer Finanz-

**Das Geldwäschereigesetz der Schweiz genügt den internationalen Anforderungen nicht.**

platz definitiv als Räuberhöhle entlarvt. Und er nannte Ross und Reiter. Darum wiesen die «Gnomen der Bahnhofstrasse» ihre Vertreter im nationalen Parlament an, die parlamentarische Immunität von Ziegler aufzuheben. Um ihm das Maul zu stopfen. Was ihnen und ihren Nachfolgern zum Glück bis heute nicht gelungen ist.

Erst seit 1997 hat die Schweiz ein eigentliches Geldwäschereigesetz, das einige Male ein wenig angepasst wurde, weil es immer noch zu viele Lücken hatte und weiter hat.

An die Sorgfaltspflichten in Sachen Geldwäscherei müssen sich Anwälte und Treuhänderinnen nicht halten. Vorausgesetzt, sie «beraten» nur bei der Schaffung und dem Betreiben von anonymen Briefkastenfirmen, Trusts und intransparenten Firmenkonstrukten. Und haben keinen Zugriff auf die Konten.

2016 – 2019

Die Panama-Papers zeigen, in welchem Ausmass die «Berater» Superreichen, Despoten und Gangstern dabei helfen, ihre Gelder vor dem Fiskus und/oder der Justiz zu verstecken (siehe Artikel rechts). Nach den Panama-Papers rügte die internationale Geldwäschereibehörde Financial Action Taskforce (FATF)

die Schweiz und verlangte unter anderem, die Lücke bei der Aufsicht von Anwälten zu stopfen. Der Bundesrat liess eine neue Revision des Geldwäschereigesetzes (GwG) ausarbeiten. Diese stiess in ihrer Harmlosigkeit sogar bei der Bankiervereinigung und der FDP auf Zustimmung. Vorerst.

FRÜHLING 2020

Das revidierte GwG kommt zum ersten Mal in den Nationalrat – und die reichlich vertretenen Anwälte drehen auf und durch. Der Genfer Anwalt Vincent Maitre (Mitte) sagt: «Unser aktuelles System funktioniert nicht nur perfekt, es ist für die Bekämpfung der Geldwäscherei sogar ein Vorbild für die internationale Gemeinschaft.» Der Nationalrat trat nicht auf das Geschäft ein. Weil es den Linken zu schwach war. Und die SVP gar keinen Handlungsbedarf sah.

HERBST 2020

Der Ständerat erhört die Anwälte und Treuhänderinnen und befreit sie von den Sorgfaltspflichten des Geldwäschereigesetzes. Panama-Papers? War das was? Ein kleiner Zwischenfall, ein paar Einzelfälle. Oder wie es der Walliser Anwalt Beat Rieder (Mitte) sagte: «Es ist nicht einzusehen, weshalb wir unser quasi lückendichtes Regulierungsmodell verlassen sollten.» Und: die Schweiz sei ein «Musterknabe der Geldwäschereibekämpfung».

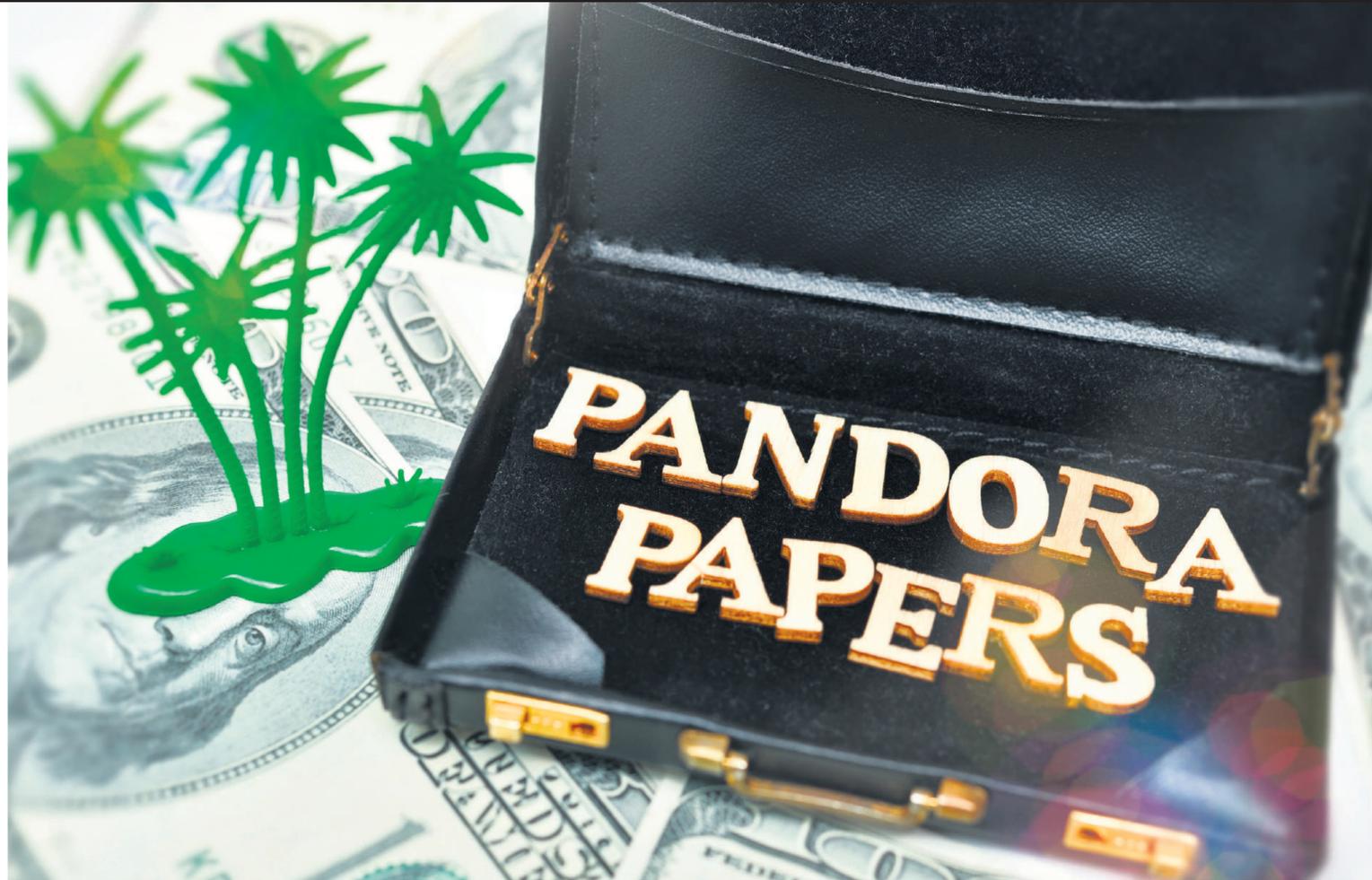
FRÜHLING 2021

Nachdem die Banken durchgegeben hatten, sie hätten – aus Imagegründen – doch lieber diese Kaum-Reform als gar keine, folgten die Rechten im Nationalrat dem Ständerat und stimmten zu. Damit bleibt für Anwältinnen und Treuhänder alles beim Alten. Vorläufig jedenfalls. Denn das Schweizer Geldwäschereigesetz genügt den internationalen Anforderungen nicht. Das weiss auch SVP-Bundesrat Ueli Maurer: «Wenn Sie die Berater herausbrechen, so wie das die Mehrheit will, dann kommen wir wieder damit, das kann ich Ihnen jetzt schon versichern.»

HERBST 2022

Die Pandora-Papers beherrschen die Schlagzeilen. Wieder mit Schweizer Anwälten und Treuhänderinnen und internationalen Verbrechern, Potentaten und Steuerhinterziehern. Und was sagt der Walliser Anwalt Beat Rieder jetzt: «Ich gehe davon aus, dass es sich um Einzelfälle handelt.»

Die Schweiz wäscht halt doch weiss – immer wieder und immer noch.



STEUERPARADIESE: Konzerne und Reiche entziehen ihren Staaten jedes Jahr mehrere Tausend Milliarden Dollar. Genug Geld, um auf einen Schlag alle sozialen Probleme aus der Welt zu schaffen. Oder den ökologischen Umbau anzustossen. FOTO: KEYSTONE

## «Pandora-Papers»: Neue Einblicke in das Schatten-Finanzsystem

# So agieren Staatschefs und Milliardäre mit Konzernen, Mafiosi und anderen Schurken

**Journalistinnen und Journalisten enthüllen die Konten von 35 Staatschefs, 300 Politikerinnen und 130 Milliardären. Die Reichen und Mächtigen handeln mit hoher krimineller Energie. Schweizer Banker, Anwälte und Treuhänder sind gut mit dabei.**

OLIVER FAHRNI

Logisch, es begann mit einer Schweizer Grossbank: UBS-Mann Bradley Birkenfeld enthüllte 2009 die Machenschaften seiner Bank in den USA (und anderswo). Auf den UBS-Skandal folgten rasch die Offshore-Datenlecks (englisch: Leaks), die China-Cables, die Football-Leaks, die Luxemburg-Leaks, die Swiss-Leaks (um die Bank HSBC), Money Island, die Malta-Files, die Mauritius-Leaks. 2017 kamen die Panama-Papers ans Licht, dann das Luanda-Leak, die Dubai-Papers, die FinCEN-Files und Open-Lux.

Eine Enthüllung jagt die nächste. Die Datenlecks zeigen, wie Superreiche, Kriminelle und Konzerne ihr Geld waschen, verstecken, den Steuerämtern entziehen oder für

blutige Geschäfte nutzen. In sehr vielen Fällen sind Schweizer Banken, Anwälte, Treuhänderinnen und Berater zuvorderst mit dabei (siehe «Willkommen im Paradies für Wirtschaftskriminelle», Seite 12). Helvetische Geheimhändler haben das Schatten-Weltfinanzsystem wesentlich mitgebaut. Ohne diese «Finanzintermediäre» ginge nichts.

Nun geben uns die Pandora-Papers frische Einblicke. 11,9 Millionen Dokumente aus 14 Anwaltsfirmen wurden dem Internationalen Konsortium Investigativer Journalisten (ICIJ) zugespielt (siehe Box). Ein regelrechter Daten-Tsunami. Wir können 35 Staatschefs, 300 weitere Politikerinnen und Politiker und 150 Milliardäre bei ihrem Treiben in Steuerparadiesen und juristischen «Freizonen» beobachten. Sie agieren in bester Gesellschaft mit Mafiosi, Konzernen, religiösen Sekten, Glitzerstars, Drogenbaronen, königlichen Familien, rechtsextremen Terroristen und weiteren Schurken.

BLAIR, PIÑERO & CO.

Da ist zum Beispiel Camorra-Boss Raffaele Amato. Ihm werden Morde im Dutzend vorgeworfen. Über eine Scheinfirma kaufte er Ländereien in Spanien. Dominique Strauss-Kahn ist auch dabei, der frühere («sozialistische») Wirtschaftsminister Frankreichs und Ex-Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds (IWF). Nachdem er 2011 die Vergewaltigungsvorwürfe einer New Yorker Zimmerfrau gestürzt war, verlegte er sich auf die Beratung von Diktatoren

und Multis (etwa des russischen Ölkonzerns Rosneft). Das tat er zuerst aus einer marokkanischen Steueroase, doch als dort die Steuerbefreiung auslief, zügelte er seine Firma ins Mikro-Emirat Ras al-Khaima bei Dubai (null Steuern, 100 Prozent Diskretion). Zu seiner Kundentalen Liste gehören unter anderem ein Schweizer Ölhändler. In Ras al-Khaima steht mitten in der Wüste ein einzelnes Gebäude, das 30 000 steuerbefreite Scheinfirmen beherbergt.

Klar, kann Tony Blair in der BÜchse der Pandora nicht fehlen: Der frühere britische Premierminister, der nun für exorbitante Honorare Insider-Rat erteilt, wollte beim Kauf einer Londoner Luxuswohnung Steuern sparen. Also kaufte er nicht die Wohnung, sondern die Briefkastenfirma eines Golf-Scheichs in einer karibischen «Offshore-Zone, der die Wohnung offiziell gehörte. Weiter ist da eine mexikanische katholische Kongregation, die noch schnell ein paar Hundert Millionen Dollar ausschleuste, bevor der Vatikan sie wegen sexueller Skandale an die Kandare nahm.

Und Tschechiens Regierungschef Andrej Babiš sehen wir, wie er 22 Millionen Dollar unklarer Herkunft in Scheinfirmen parkierte. Deswegen hat er gerade die Wahlen verloren. Jordaniens König Abdullah II. taucht in den Papieren mit mehr als 30 Zombie-Fir-

men auf. Gleich ein ganzes Finanzimperium schuf sich ein italienischer Rechtsterrorist – schweizerische und panamaische Treuhänder zimmerten es für ihn zusammen.

Und die Rechtsbeugungen russischer Oligarchen aus dem Umfeld Wladimir Putins würden Seiten füllen. Zusammen mit jenen des libanesischen Regierungschefs Najib Mikati, des ecuadorianischen Präsidenten Guillermo Lasso, des ukrainischen Präsidenten Volodimir Zelenski, des brasilianischen Wirtschaftsministers Paulo Guedes, des chileni-

### PANDORA-PAPERS

Der satirische Ratgeber für Wirtschaftskriminelle

Seite 12

schen Präsidenten Sebastián Piñera, des gabunischen Präsidenten Ali Bongo, des kongolesischen Staatschefs Denis Sassou-Nguesso und diverser anderer Figuren.

Kein Wunder, reagierten die Bürgerinnen und Bürger in einigen Ländern mit Strassenprotesten. In Russland wurden die aufdeckenden Journalisten als «Agenten des Auslands» verfolgt.

SCHWARZE KASSEN

Auf den zweiten Blick fallen in den Pandora-Papers einige weisse Flecken auf. So ist kein einziger US-Politiker erwähnt. Auch keine aktuell amtierende westeuropäische Politikerin. Die führenden Weltkonzerne und

Banken fehlen. Anzunehmen, sie seien «sauber», wäre absurd. Für das Manko gibt es mehrere mögliche Erklärungen. Die Daten stammen zwar aus 14 Anwaltskanzleien, übermittelt hat sie aber nur eine einzige Quelle. Vielleicht war die Quelle auf einem Auge blind. Wahrscheinlicher ist: Die 14 Kanzleien sind, wie das Recherche-Konsortium ICIJ festhält, nur «ein kleiner Ausschnitt» aus dem Gesamtbild – und sie bearbeiten jeweils eine spezifische Kundschaft.

2020 lagerten in den obskuren Offshore-Finanzplätzen nach Schätzung der OECD 11 300 Milliarden Dollar. Ein Teil davon ist pure Geldwäscherei aus dem Drogen- und Waffenhandel, aus Korruption und anderen kriminellen Aktivitäten (etwa Entführungen, Menschenhandel und dem Handel mit Raubantiquitäten). Anonyme Konten schützen vor Polizei, Gesetz und Richter.

Ein weiterer Teil dient als schwarze Kassen, die etwa den Rohstoffhandel, die Bauwirtschaft und die Vergabe öffentlicher Aufträge schmieren oder Söldnertruppen für Bürgerkriege finanzieren.

Der grösste Teil aber ist der Steuerhinterziehung, der Steueroptimierung und dem Steuerbetrug geschuldet. So entziehen Konzerne und Reiche ihren Staaten jedes Jahr mehrere Tausend Milliarden Dollar. Genau, um auf einen Schlag alle sozialen Probleme aus der Welt zu schaffen. Oder den ökologischen Umbau anzustossen.

Bizarriert ist, dass viele dieser Operationen und Konstrukte durchaus nicht illegal sind.

Oder zumindest in einer Grauzone siedeln. Legal, illegal, scheinseglal: Kein Genfer Politiker, der sonst die Bettler auf den Strassen jagen lässt, hat sich daran gestört, dass in einem einzigen Bürohaus seiner Stadt 38 000 leere Firmenhüllen in Offshore-Plätzen wie den Virgin Islands oder Panama gegründet wurden, mit Hilfe von 1300 schweizerischen Strohpersonen (das enthüllten schon die Panama-Papers vor sechs Jahren).

...sondern Ergebnis und Normalität des neoliberalen Kapitalismus.

Egal, wie furchterregend die menschlichen und ökologischen Schäden sind, dieses globale Schattensystem anrichtet.

In Genf selbst sind, wie die Organisation Public Eye ermittelte, 13 600 Briefkastenfirmen domiziliert. In manchen Tessiner oder Zuger Käffern gibt es zehnmal mehr Firmen als Einwohnerinnen und Einwohner. Das fällt nicht auf. Steueroptimierung, sagen sogar manche Ökonomen und Politiker, ist Kapitalistenpflicht. Und der Steuerwetbewerb eine politische Tugend.

DIE EMPÖRUNG LEGT SICH SCHNELL

Spektakuläre Enthüllungen wie die Pandora-Papers könnten einen elementaren Fakt verschleiern: Was sie aufdecken, ist nicht die – kriminelle – Ausnahme.

Fortsetzung auf Seite 12



BRASIL: Aktion gegen Finanzjongleur und Wirtschaftsminister Paulo Guedes. FOTO: GETTY



ECUADOR: Protest gegen Rechtsbeuger und Präsident Guillermo Lasso. FOTO: GETTY



CHILE: Demo gegen Geldverstecker und Präsident Sebastián Piñera. FOTO: KEYSTONE

### Pandora-Papers: Die Monsterrecherche

Fergus Shiel, der leitende Redaktor beim Konsortium Investigativer Journalisten (ICIJ), einer internationalen Non-Profit-Organisation in Washington, erzählt: «Als die 2,94 Terabyte geheimer Daten bei uns eintrafen, wussten wir, dass wir den Kampf gegen ein Monster begannen.» Ein Datenmonster. Die ICIJ-Leute hatten schon die Panama-Papers und die Paradise-Papers recherchiert. Doch Pandora hatte eine andere Dimension: Unter den fast 12 Millionen Dokumenten, Datensätzen, Bildern, E-Mails waren zum Beispiel PDF mit jeweils nochmals 10 000 Seiten.

HISTORISCH. Über ein Jahr lang sortierten, prüften und recherchierten 600 Journalisten in 117 Ländern und 150 Partnermedien jedes Detail. Unter Covid-Bedingungen gingen sie aufs Terrain. Trotz verschlüsselter Kommunikation hatten sie mit feindlichen Anwälten und Repression zu ringen. Russische Journalistinnen mussten sich im Ausland in Sicherheit bringen. Alle geprüften Informationen flossen in Datenbanken. Mit eigenen, speziell entwickelten ICIJ-Programmen und künstlicher Intelligenz wurden die Daten mit anderen Datenbanken abgeglichen. Es ist das bisher grösste journalistische Projekt der Geschichte. Heute hat es erst einen Teil seiner Erkenntnisse preisgegeben. Ein Besuch der Website in Englisch lohnt sich: [icij.org](http://icij.org). (olf)



INTERNATIONALER BESTSELLER: Jean Ziegler posiert 1990 mit seinem Buch über die Geldwäscherei in der Schweiz. FOTO: DUKAS

«Pandora-Papers»

Fortsetzung von Seite 11

Sondern das Ergebnis und die Normalität des neoliberalen Kapitalismus. Seit das Kapital Ende der 1970er Jahre den ungeschriebenen Gesellschaftsvertrag mit der Arbeit liquidiert hat, sind die Gewinne und die Vermögensunterschiede extrem explodiert. Mit ihnen ist dieses Schattensystem zu gigantischer Grösse angewachsen. Die Reichen und Mächtigen haben sich von ihren Gesellschaften losgesagt. Nicht alle wollen sich ins All absetzen wie Tesla-Boss Elon Musk mit seinem Weltraumprogramm SpaceX. Vielen reichen ein paar Briefkästen in Bananenrepubliken. Dafür waren die Schweizer Banker und Treuhänderinnen bestens gerüstet – fremdem Kapital zu Diensten zu sein, ist seit Jahrhunderten ihr Kerngeschäft.

Dennoch tut diese lange Reihe von Enthüllungen durchaus ihre Wirkung. Denn dieses Schattensystem, auch seine legalen Teile, sind aus Sicht von De-

**Luxemburg ist eigentlich nur ein gigantischer Safe.**

mokratie und Gerechtigkeit illegitim. Unter wachsendem Druck der öffentlichen Meinung ist seither manches Bankgeheimnis eingeschränkt, und für viele Fälle ist der automatische Informationsaustausch eingeführt worden. Etliche Steuerparadiese haben ihre Gesetze verschärft, oft auch im Rahmen des Kampfes gegen Drogenhandel oder Terrorismus. Derzeit wird über eine internationale Mindestgewinnsteuer für Konzerne diskutiert (siehe auch Artikel «Im Kanton Zug zittern sie schon» Seite 8). Pandora zeige gerade die Fortschritte im Kampf gegen die Steuerhinterziehung, kommentierte die Wirtschaftszeitung «Financial Times» reichlich optimistisch.

**FINSTERHÄNDLER**

Etwas heuchlerisch auch. Zwar führen die EU, die USA und die OECD «schwarze Listen» der Steuerfluchthäfen (die Schweiz war auch schon auf einer solchen Liste). Doch die Politik verhält sich ambivalent. Grossbritannien unterhält auf den Kanalinseln und in der Karibik selbst Steuerparadiese. Ebenso die USA, die zum Beispiel in Süddakota eine Gesetzgebung tolerieren, die völlig abgeschottete Trusts eingerichtet hat. Holland ist ein Steuerhafen für Konzerne. Luxemburg eigentlich nur ein gigantischer Safe. Und so weiter.

Der Wahrheit jedoch näher kommt: Nach jeder Enthüllung legen sich Aufregung und Empörung rasch. Dann wird das Schattensystem leicht umgebaut und mit viel krimineller Energie verfeinert. Dies belegt eine vergleichende Recherche mit den Panama-Papers: Das ICIJ hat ermittelt, dass die meisten Kanzleien weiterarbeiten, manchmal hinter einem neuen Firmenschild. Und neue Eldorados treten an die Stelle der Inselkonten: Singapur, Zypern, Hongkong, Dubai. Vor allem Dubai.

Und in der Schweiz? Hier regieren die Finsternishändler. Die Bürgerlichen haben gerade die Regulierung der Treuhänder verhindert (siehe Artikel Seite 10).

\* Die Büchse der Pandora enthält, wie die griechische Mythologie überliefert, alle der Menschheit bis dahin unbekanntes Übel wie Arbeit, Krankheit und Tod. Sie entwichen in die Welt, als Pandora die Büchse öffnete.

Public Eye lanciert Handbuch über «Korruption made in Switzerland»  
**Willkommen im Paradies für Wirtschaftskriminelle!**

**Für zwielichtige Finanzjongleure, skrupellose Erdölhändler oder steinreiche Potentaten ist die Schweiz noch immer ein Eldorado. Wie genau, zeigt der satirisch-ernste Leitfaden von Public Eye.**

RALPH HUG

Sauberer Finanzplatz? Harter Kampf gegen Geldwäscherei? Scharfe Gesetze gegen Korruption? Denkste! «Die Schweiz bleibt eines der weltweit beliebtesten Ziele für Wirtschaftskriminelle»: So das vernichtende, doch zutreffende Urteil von Public Eye. Die Non-Profit-Organisation (ehemals Erklärung von Bern) recherchiert hartnäckig und deckt regelmässig dunkle Machenschaften auf.

**STETS ZU DIENSTEN**

Jetzt gibt's von Public Eye ein neues Handbuch für Wirtschaftskriminelle. Der Tenor: «Kommen Sie in die Schweiz, hier ist das Paradies für Sie!» Satirisch verfasst, geht es um sehr ernsthafte Dinge. Public Eye rechnet vor, dass den Staatshaushalten des Südens die schwindelerregende Summe von 3600 Milliarden Dollar durch Korruption, Geldwäscherei und Steuerhinterziehung entgeht. Ein gigantischer Raubzug, an dem die Schweiz eine grosse Mitverantwortung trägt. Wirtschaftskriminelle aus aller Welt tummeln sich gerne auf Schweizer Boden. Hier finden sie genau das, was sie brauchen: löchrige Gesetze, passive Behörden, dienstfertige Anwaltskanzleien und



ILLUSTRATIONEN: PUBLIC EYE

Finanzprofis, die nicht zu viele Fragen stellen. Sollte es trotzdem zu einer Anzeige kommen, drohen bloss

**Ein Grossteil der internationalen Korruptionsfälle werden über die Schweiz abgewickelt.**

Mini-Bussen. Public Eye nennt dies «Korruption made in Switzerland». In den Datenlecks der Panama- und Pandora-Papers kommt sie in voller Blüte zum Vorschein.

Diese Skandale beweisen, dass ein Grossteil der internationalen Korruptionsfälle über die Schweiz abgewickelt werden. Daran beteiligt sind Banken, die ihren Sorgfaltspflichten nicht nachkommen, sowie Anwältinnen und Treuhänder, die mit ihrem Know-how für anonyme Briefkasten-

firmen, Trusts und intransparente Firmenkonstrukte zu Diensten stehen. Im Leitfaden listet Public Eye detailliert die Vorzüge der Schweiz für derlei Machenten auf. Zum Beispiel gibt es immer kein Verzeichnis wirtschaftlich

Berechtigten hinter Briefkastenfirmen. So bleiben die wahren Eigentümer unerkannt. Banker sind nur bei begründetem Verdacht verpflichtet, eine Meldung wegen Geldwäscherei zu machen. Aber was ist schon ein Verdacht? Anzeigen versenden, weil die Meldestelle für Geldwäscherei des Bundes mit 40 Angestellten chronisch unterdotiert ist. 6000 Fälle waren 2020 noch nicht bearbeitet.

**GLOBALER SPITZENPLATZ**

Insbesondere Rohstoffhändler brauchen keinen Ärger zu fürchten. Sie müssen keinerlei Sorgfaltspflichten beachten. Es gibt für sie nicht mal eine zahnlose Aufsichtsbehörde wie die Finma für die Banken. «Ist das Leben nicht herrlich?» heisst es satirisch im Public-Eye-Leitfaden. Korrupten Ministern, die ihre Schmiergelder anlegen wollen, rät das Handbuch zu einem Investment in eine Schweizer Villa am See. Am besten durch eine Offshore-Firma

**Ueli Maurer bestechen: «Kä Luscht» im Kampf gegen Korruption**



Finanzminister Ueli Maurer (SVP) tut nichts gegen Korruption und Geldwäscherei «made in Switzerland». Er hat «kä Luscht». Das ärgert Public Eye, weshalb die Entwicklungsorganisation eine originelle Kampagne gestartet hat: Bestechen wir Ueli Maurer! Aber nur symbolisch und mit Falschgeld. Für alle, die sich über die Website von Public Eye an der Kampagne beteiligen, kommt eine Tausendernote in einen Koffer, der dann ins Bundeshaus geschickt wird. Stand bis jetzt: rund 16 Millionen Franken. Sind 20 Millionen erreicht, geht der Koffer ab. [www.publiceye.ch](http://www.publiceye.ch)

aus einem Steuerparadies. Denn die hiesige Immobilienbranche ist vom Geldwäschereigesetz ausgenommen. «Schwupps, und schon sind Ihre Gelder weissgewaschen!»

Entgegen den offiziellen Beteuerungen zeigt sich immer wieder, dass die Schweiz alles tut, um ihren globalen Spitzenplatz als Top-Dienstleisterin für Geldschieberereien zu sichern. So letzten Frühling, als die Anwaltslobby im Parlament in aller Stille die Unterstellung ihres Berufs unter das Geldwäschereigesetz verhinderte. Begründung: Dadurch werde das Berufsgeheimnis «ernsthaft beeinträchtigt». Und ihr Milliongengeschäft wohl ebenfalls.

**Geldwäscherei: Diese Fachleute helfen, in der Schweiz Geld zu waschen**

**Sie wollen Geld waschen? Steuern vermeiden? Und scheuen das Tageslicht? Dann brauchen Sie unbedingt die Hilfe von Anwälten, Treuhänderinnen, Immobilienmaklerinnen, Wirtschaftsprüfern usw. Was diese Helfershelferinnen genau tun, hat Public Eye ebenfalls aufgearbeitet. work dokumentiert eine kleine Auswahl.**

**DER ANWALT**

Er kennt alle Tricks und Schliche, um Sie vor Unbill zu bewahren. Und auch vor dem Richter. Sollten Sie doch mal im Gericht landen, keine Bange. Mit einem Ausstandsbegehren gegen den Ankläger oder mit einer Blockade von Rechtshilfegesuchen lässt sich viel Zeit schinden. Am besten bis zur Verjährung.



Besonders gefragt sind jene Anwältinnen und Anwälte, die Ihnen auch gleich ein massgeschneidertes Offshore-Konstrukt liefern. Damit tricksen Sie jede Finanzbehörde aus.

**DIE TREUHÄNDERIN**

Steuern sollen Dumme zahlen, aber nicht Sie. Die Treuhänderin weiss, wie. Sie kennt sich aus im Steuervermeidungs-Business. Schliesslich lebt sie ja davon. Und das ganz diskret. Auf Wunsch baut sie Ihnen die richtigen Schachtelfirmen, damit Sie unbehelligt bleiben. Keine Unternehmenssteuern, keine Mehrwertsteuer, keine Buchführungspflicht – die Treuhänderin weiss immer Rat. Gerne erwartet sie Ihren Besuch in ihrem



Büro. Dort, wo Dutzende Firmen mit exakt derselben Telefonnummer ihren Sitz haben.

**DER WIRTSCHAFTSPRÜFER**

Unauffällig wie er ist, überprüft er Ihre Bücher. Und drückt dabei auch mal ein Auge zu. Hauptsache, alles ist formell korrekt. Der Inhalt ist egal. Zwar sind seine Honorare auch nicht gerade klein. Vor allem nicht als Angestellter einer der vier Grossen unter den Prüfgesellschaften. Doch der renommierte Name hat auch Vorteile. «Muss ja stimmen», heisst es dann jeweils. Und niemand schaut genauer hin. Schon hat sich die Investition gelohnt.



**DIE IMMOBILIENMAKLERIN**

Warum bei tiefen Zinsen nicht in Bontongold investieren? Eine Villa am richtigen Ort verliert keinen Wert. Im Gegensatz zu Aktien. Die Immobilienmaklerin hat das richtige Angebot im gehobenen Segment. Sie ist charmant und besitzt vielfältige Kontakte. Hat sie doch schon für russische, usbekische, indische und chinesische Familien gearbeitet. Ganz schön weltläufig, nicht wahr? Marmor, Tennisplatz und Seestoss sind ihr eine Selbstverständlichkeit. Woher Sie Ihr Geld haben? Das kümmert sie nicht. Hauptsache, es ist da. (rh)



Die ganze Galerie der Geldwäschereiberufe finden Sie unter: [swisscorruption.ch](http://swisscorruption.ch)

# Geschichtsprofessorin Caroline Arni hat zugeschlagen – und wie! Zwölf Frauen auf der Spur

**Caroline Arni wollte Autorin werden. Doch sie wurde Historikerin. In ihrem neuen Buch hat sie jetzt das Historische mit dem Literarischen vereint. Ein Genuss!**

PATRICIA D'INCAU

Hedwig Howald kann malen. So gut, dass ihre Lehrerin sie an die Kunsthochschule nach München schicken will. Doch statt nach München geht Hedwig nach Solothurn. Statt Künstlerin wird sie Verkäuferin. Ein Beruf, den sie gerne macht. Und doch aufgibt, als sie heiratet. Zwangsläufig. Es sind die 1930er Jahre, und das Schweizer Gesetz sagt: Eine Frau darf zwar arbeiten – doch der Ehemann kann es ihr auch verbieten.

Und dieser Ehemann tut es. Denn ihm, der der Armut seiner Kindheit entkommen ist, sollte niemand nachsagen können, dass seine Frau Geld verdienen müsse.

Also wird Hedwig nun Hausfrau. Statt im Laden steht sie in der Küche. Und statt zu malen trägt sie die Farben jetzt in ihren Kleidern. Wehren tut sie sich nicht. «Sie wollte gefallen, nicht aufbegehren», schreibt Autorin Caroline Arni.

Hedwig Howald ist Arnis Grossmutter. Und Arnis Grossmutter ist viele Grossmütter. Unsere Grossmütter. Frauen ihrer Zeit, von denen sich einige gegen die Ungerechtigkeiten wehren, die ihnen als Frauen widerfahren, während andere stillhalten, sich arrangieren oder sich im Kleinen emanzipieren. Allesamt weder Heldinnen noch Anti-Heldinnen. Sondern, wie es Arni einfühlsam formuliert: «Jede bewohnt auf ihre Weise eine bestimmte Zeit, und nicht alle haben die gleichen Träume.»

Ein Heldinnen-Buch will Historikerin Arni nicht schreiben. Auch nicht eines, das nur die Biographien berühmter Frauen referiert. Obwohl sich unter den zwölf Frauenportraits doch einige Prominente finden: Künstlerin Meret Oppenheim, Frauenrechtlerin Iris von Roten oder Juristin Emilie Kempin-Spyri, die 1887 vor



**SKIZZIERTE FRAULEBEN (von links): Künstlerin Meret Oppenheim, Juristin Emilie Kempin-Spyri, Frauenrechtlerin Iris von Roten.** ILLUSTRATIONEN: KAROLINE SCHREIBER

Bundesgericht das Wahl- und Stimmrecht für die Frauen einfordert, damit scheitert und schliesslich verarmt in

## Die Geschichte jeder Einzelnen ist ein Fenster in die Vergangenheit.

einer psychiatrischen Anstalt stirbt. Genau 70 Jahre bevor die Schweizer Männer 1971 den Frauen endlich doch noch ihre politischen Rechte zugestehen.

### UNBEQUEME WAHRHEITEN

Nicht alle von Arnis Frauen wollten die Gesellschaft verändern. Doch die Geschichte jeder Einzelnen ist ein Fenster in die Vergangenheit. Und wer einen Blick wagt, entdeckt Verborgenes, Vergessenes, Verschwiegene.

Wie bei Pauline Buisson, geboren um 1750 als Sklavin auf Haiti und von dort in die Schweiz gebracht. Nach Yverdon VD in eine herrschaftliche Villa, wo sie den Tretyorrens dient. Eine Schweizer Familie, die sich ihren Reichtum durch die Sklaverei in

der fernen Karibik sichert. Und damit grosses Ansehen geniesst. Am Kolonialismus stört sich zu dieser Zeit in der Schweiz noch niemand. Oder: fast niemand. Denn während Pauline, die «Négresse», in der Villa Wasser schöpft, Wäsche wäscht und Essen serviert, schreibt nur einige Kilometer weiter, im Schloss Coppet am Genfersee, eine andere Frau leidenschaftlich gegen die Sklaverei an: Germaine de Staël, Aristokratin, erbitterte Gegnerin Napoleons und Verfechterin eines bürgerlichen Freiheitsbegriffs.

Auch ihr hat Autorin Arni ein Kapitel gewidmet. Gleich nach Pauline Buisson. Ohne aber eine Linie zu ziehen zwischen den beiden, die letztlich ja doch völlig unterschiedliche Leben lebten, sich nie begegneten, nicht miteinander verbunden waren.

### DIE GANZE GESCHICHTE

So ist es mit allen Frauen in diesem Buch: Arni schafft keinen künstlichen Bogen zwischen ihnen, zwingt sie in kein Korsett. Die zwölf Frauen hat sie ausgewählt, weil sie sie interessiert, berührt oder auch irritiert haben.

Und letztlich sind Arnis Portraits Skizzen. Genauso skizzenhaft sind die wunderbaren Illustrationen von Karoline Schreiber. Angefertigt durch die Spuren, die die Frauen hinterlassen haben. In Briefen, Akten, Büchern und Archiven.

Und doch gibt es ein paar rote Fäden: Die Verbundenheit der Frauen mit der Schweiz. Arnis poetische Sprache. Und nicht zuletzt: Die Ergänzung einer Geschichtsschreibung, wie wir sie kennen. Denn die ist vor allem männlich. Weil in der Geschichte der Mann stets als das Allgemeine gegolten hat. Und die Frau als das Besondere.

Deshalb, findet Arni, sind Geschichten von Frauen nicht einfach Frauengeschichte. Sondern «Beobachtungsposten», von denen aus sich mehr sehen lässt. Die «ganze Geschichte» eben. Wenn auch nie vollständig.



Caroline Arni: **Lauter Frauen. Zwölf historische Porträts.** Echtzeit-Verlag, Zürich 2021, 162 Seiten, CHF 32.–.

## Psycho-Konzerne Gefahr für Demokratie

Wenn Grosskonzerne Menschen wären, erfüllten sie das psychologische Profil eines Psychopathen. Zu diesem Schluss kam 2003 der Film «Corporation» und sorgte damit weltweit für Furore. Etliche Multis versprachen Besserung bei Ökologie und Menschenrechten. 17 Jahre später ziehen die Filmschaffenden Jennifer Abbott und Joel Bakan fatale Bilanz: Die Lage habe sich abermals verschlechtert. Die Macht der Konzerne gefährde unterdessen nichts weniger als die Demokratie. Das belegen die beiden mit brillanten Recherchen, weshalb auch ihr neuester Film ein Augenöffner ist. «The New Corporation» feiert am Zürcher Umweltfilmfestival «Films for Future» seine Schweiz-Premiere. Im Anschluss diskutieren Oliver Classen (Public Eye) und Franziska Herren (Trinkwasserinitiative) auf dem Podium.

**The New Corporation** von Jennifer Abbott und Joel Bakan, Kanada 2020, 105 min. CH-Premiere, 6. November, 17.30 Uhr im Kosmos, Lagerstr. 104, Zürich. Eintritt: 19 Fr.

## Populäre Wissenschaft Mai zerstört Mythen

Über Naturwissenschaften kursiert auf Youtube so allerhand. Dubiose Vielschwätzer, kritische Kritiker und selbsternannte Expertinnen überbieten sich mit waghalsigen Behauptun-



FOTO: YOUTUBE

gen. Definitiv nicht dazu gehört die deutsche Videobloggerin Mai Thi Nguyen-Kim. Die 34jährige Doktorin der Chemie hat an den renommiertesten Instituten der Welt geforscht. Jetzt stürmt sie den Himmel des Wissenschaftsjournalismus. Zum Beispiel mit ihrem Youtube-Kanal «MaiLab». Darin geht sie populären Mythen und verbreitetem Halbwissen auf den Grund. Etwa, ob Glutamat wirklich ungesund, die Antibabypille tatsächlich gefährlich ist. Oder sie fragt: «Wie schwul sind deine Gene?» Und liefert harte Fakten zur Erbllichkeit von Homosexualität. Ihr Erfolgsrezept: klare Sprache, fadengerade Ansagen, frecher Humor. Das hat nun auch das ZDF gemerkt: Dort hat die Chemikerin seit zwei Wochen ihre eigene Show: «Maithink X».

rebrand.ly/mailab.

## Lichthalle Maag ZH Frida Kahlo digital

Die Werkshalle der ehemaligen Zahnrad- und Maschinenfabrik Maag in Zürich-West steht schon lange ganz im Zeichen von Kunst und Kultur. Aber erst seit Ende September strahlt dort die Lichthalle – ein permanent betriebenes Museum für «immersive Kunst». Diese neuartige Kunstform schafft mit digitaler Projektion dreidimensionale Illusionswelten. In Zürich hat man hierzu die prächtigen Gemälde der legendären Frida Kahlo auserkoren, sie mit akustischen Effekten unterlegt, riesenhaft vergrössert und zur gestochen scharfen virtuellen Realität werden lassen – eine Weltpremiere. Wer nun die Lichthalle betritt, taucht tief hinein in die bunte Tier- und Pflanzenwelt der mexikanischen Surrealisten. Fast so, als ob man selbst Teil ihrer Bilder wäre.

**Viva Frida Kahlo**, Lichthalle Maag, Zahnradstrasse 22, Zürich. Eintritt: 17 bis 30 Fr.

## work1xl der wirtschaft

Hans Baumann



## DIE ZWEITE SÄULE VERSCHÄRFT DIE ALTERSARMUT BEI FRAUEN

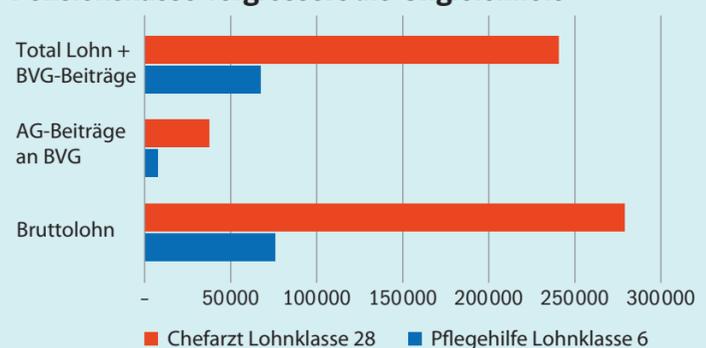
Die Lohndiskriminierung von Frauen ist grösser, als es in den üblichen Lohnvergleichen gezeigt wird. Denn zusätzlich zur Differenz bei den Bruttolöhnen gibt es krasse Unterschiede bei den Arbeitgeberbeiträgen für die Pensionskasse. Und diese machen einen nicht unbedeutenden Teil des Lohnes aus. Hohe Kaderleute bekommen nicht nur das Vielfache an Lohn, sondern überproportional mehr in Form von Pensionskassenbeiträgen. Die Lohnschere zwischen Mann und Frau wie auch zwischen Tieflöhnen und Spitzenlöhnen geht dadurch noch mehr auseinander.

**SECHS MAL MEHR.** In der offiziellen Statistik über Lohnungleichheit werden die Brutto- oder Nettolöhne miteinander verglichen. Der Rückstand der Frauen auf die Männerlöhne beträgt laut Lohnerhebung 2018 im Durchschnitt aller Branchen 19 Prozent. Um die Lohnschere zwischen Spitzenlöhnen und Tieflöhnen darzustellen, werden üblicherweise die zehn Prozent mit den höchsten (Brutto-)Löhnen mit

den untersten zehn Prozent verglichen. Hier zeigt uns die Lohnstrukturerhebung 2018, dass die obersten 10 Prozent rund sechs Mal mehr verdienen als die untersten zehn Prozent, Tendenz steigend!

**BEITRÄGE DER ARBEITGEBER.** Tatsächlich ist die Lohnschere aber noch grösser. Nicht berücksichtigt werden bei diesen Vergleichen nämlich die Arbeitgeberbeiträge an die Pensionskasse. Und diese können für ältere Arbeitnehmende schnell einmal 10 bis 20 Prozent des Lohnes ausmachen. Der Chefarzt eines Zürcher Spitals ist zum Beispiel in der Lohnklasse 28 eingeteilt und verdient mit rund 240 000 Franken 3,6 Mal mehr als eine Pflegehilfe mit rund 67 000 Franken Lohn. Wegen des Koordinationsabzugs und weil der versicherte Lohn gegen oben in den meisten Pensionskassen nicht begrenzt ist, erhält der Chefarzt aber über 37 000 Franken pro Jahr an Arbeitgeberbeiträgen, das sind 5,1 Mal mehr als die Pflegehilfe mit 7400 Franken. Dabei ist der Lohnunterschied mit

### Pensionskasse vergrössert die Ungleichheit



dem Faktor 3,6 im Spital nicht einmal besonders hoch: Managerlöhne in Grosskonzernen können auch 10 oder 50 Mal höher sein als Tieflöhne. Entsprechend höher sind dann auch die BVG-Arbeitgeberbeiträge. Die Konsequenz bei der Ungleichheit der Arbeitgeberbeiträge ist später die Altersarmut, weil Niedriglohnbeziehende nur wenig Alterskapital anspar-

ren können. Vor allem viele teilzeitbeschäftigte Frauen haben kaum oder gar nichts von der zweiten Säule. Sie sind fast ausschliesslich auf die AHV angewiesen. Deshalb ist es so wichtig, hier Gegensteuer zu geben, indem die sozial ausgestaltete AHV gegenüber der zweiten Säule gestärkt wird.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.



# Die neue Bauarbeiten- verordnung kommt.

Jetzt  
informieren  
[suva.ch/  
bauav2022](https://suva.ch/bauav2022)

Das Leben ist schön, solange nichts passiert.  
Deswegen wurde die Bauarbeitenverordnung überarbeitet  
und noch sicherer gemacht. Informieren Sie sich jetzt  
über Änderungen, die für Sie per 1. Januar 2022 verbindlich sind.

20 Jahre work: Das grosse Fest zum Jubiläum

# So heiter war die Fahne!



ALLE FOTOS VON: Matthias Luggen.

Heitere Fahne! Ja, dieses Lokal in Wabern bei Bern war wirklich schmuck. Auch das kann die Gewerkschaftszeitung, die jetzt definitiv erwachsen ist: Feste feiern, wenn sie fallen. 20 Jahre work – wenn das nicht Grund genug ist! Kapitänin Marie-Josée Kuhn hat den work-Dampfer all die Jahre durch Haifischbecken und stürmische See navigiert, sie führt jetzt auch gekonnt durch den Abend und leichtfüssig bis auf die Tanzfläche... Aber der Reihe nach.

**PACKEND.** Zunächst sorgt Slam-poetin Sandra Künzi fadegrad für Heiterkeit – «I würd ja nie wele sone Ziitig mache!». Weil's so schwierig sei: motzende Leser, klagende Anwälte und «all die Ufregig». Und Künzi holt aus mit Anekdoten über Tierli und Kolumnisten im work, mit Reaktionen auf Provokationen in den 20 vergangenen Jahren. Auch Unia-Chefin Vania Alleva kam, sprach und berührte. Mit packenden Worten über ihre Lieblingslektüre jeden zweiten Freitag, in der die Unia viele Gesichter erhält, anwaltschaftlicher Journalismus von unten eben.

Und natürlich gratuliert auch der geistige Co-Papi des Geburtstagskinds: Andi Rieger erinnert daran, wie er gemeinsam mit André Daguét selig über einen linken Búezer-«Blick» sinnierte. Sie machten es möglich, dass am 26. Oktober 2001 das erste work das Neonlicht der Druckerei erblickte.

**HÜHNERHAUT.** Applaus, Gelächter und munteres Gläserklirren. Doch dann verstummt der akustische Festteppich, es herrscht andächtige Stille: Auftritt Endo, Endo Anaconda. Mit ihm und seinem falschen Jesus rocken wir im Nachtzug nach Wallisellen. Walliselleeeeeee! Wallisellen! Das geht unter die Hühnerhaut. Doch schon geht's heiter weiter. DJane Grazia legt auf zum Tanz! Erst bewegen sich nur zwei, dann vier, dann acht, schon tanzen alle die ganze Nacht!

ANNE-SOPHIE ZBINDEN



**WORK-LICH SCHMUCK:** Festsaal in der «Heiteren Fahne» in Bern.



**E GUETE!** Gaumenfreuden noch und nöcher.



**SANTÉ!** Anne-Sophie Zbinden, Nico Lutz und Yoshiko Kusano (v.l.).



**EHRENGAST:** Unia-Präsidentin Vania Alleva.



Mirka Grossenbacher.



**PROST!** Regula Bähler, Serge Gnos, Dore Heim, Vasco Pedrina, Ralph Hug, Paul Rechsteiner, Christian Egg (v.l.).



**FESTLICH:** Renate Schoch, Martin Tanner, Patricia D'Incau, Michael Stötzel (v.l.).



**SALUTI!** Chris Kelley, Johannes Supe, Urs Remund, Markus Horlacher (v.l.).



**HEITER:** Claudio Carrer und Sylviane Herranz.



**FADegrad:** Slam-poetin Sandra Künzi.



**MIT HASEN:** Anne-Sophie Zbinden.



**VIRTUOSES SCHUH-TRIO:** Endo Anaconda, Vania Alleva, Clemens Studer (v.l.).



**OLÉ:** Roberto Induni mit mjk.



**WALLISELLEEEEEEE!** Starke Präsenz von Endo Anaconda.



Jonas Komposch.



**DIGITAL:** Oliver Fahrni, per Skype mit dabei, getragen von work-Mitbegründer Andi Rieger.



**Das offene Ohr**

Myriam Muff von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

## Jugendarbeitschutz: Ist ein zehnstündiger Arbeitstag für Jugendliche zulässig?

Ich bin 17 Jahre alt und mache eine Lehre als Verkäuferin in einem Modegeschäft. Am Donnerstag ist bei uns Abendverkauf bis um 21 Uhr. Ich arbeite dann jeweils zehn Stunden pro Tag, und zwar morgens von 8 bis 12 Uhr und abends von 15 bis 21 Uhr. Das ist sehr streng. Und weil ich einen weiten Arbeitsweg und schlechte Verkehrsverbindungen habe, kann ich über Mittag nicht nach Hause fahren. Ist ein solcher 10-Stunden-Arbeitstag überhaupt erlaubt?

**MYRIAM MUFF:** Nein. Im schweizerischen Arbeitsgesetz gibt es für jugendliche Arbeitnehmende besondere Schutzvorschriften: Die tägliche Arbeitszeit beträgt nach Artikel 31 des Arbeitsgesetzes höchstens



**LEHRE:** Auch angehende Verkäuferinnen dürfen nicht mehr als neun Stunden pro Tag arbeiten. FOTO: ISTOCK

neun Stunden. Als Jugendliche gelten alle Personen bis zu ihrem 18. Geburtstag. Diese Höchstarbeitszeit gilt ausnahmslos, also auch dann, wenn dringende Arbeiten zu erledigen sind oder unerwartet viel Arbeit anfällt. Ihr Lehrbetrieb verstösst aber noch in einem zweiten Punkt gegen zwingende gesetzliche Vorschriften: Bei Jugendlichen muss die Tagesarbeit innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Stunden liegen. Zwischen 8 Uhr morgens und 9 Uhr abends sind es aber 13 Stunden. Falls Sie am Donnerstag um 8 Uhr zu arbeiten beginnen, so muss Ihr Arbeitstag spätestens um 20 Uhr zu Ende sein. Sie müssen also unbedingt mit Ihrer Chefin sprechen und sie auffordern, die gesetzlichen Vorschriften zur Arbeitszeit ab sofort auch beim Abendverkauf einzuhalten.

## Arbeitszeit: Sind Vor- und Nachbereitungen bezahlt?

Ich arbeite in einem kleinen Quartierladen als Hilfsverkäufer. Der Laden hat von Montag bis Freitag immer von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 18 Uhr geöffnet. Ich bin hauptsächlich für die Kasse verantwortlich. Damit ich diese pünktlich morgens um 8 Uhr bedienen kann, muss ich mindestens 10 Minuten früher da sein, um alles dafür Notwendige vorzubereiten. Und am Abend, wenn wir um 18 Uhr schliessen, benötige ich für das Abrechnen der Kasse jeweils mindestens 15 Minuten. Das sind 25 Minuten pro Tag. Meine Chefin will mir diese Zeit aber nicht bezahlen. Muss ich mir das gefallen lassen?

**MYRIAM MUFF:** Nein. Als Arbeitszeit gilt die ganze Zeit, in der Sie als Angestellter für Ihren Arbeitgeber zur Verfügung stehen müssen. So steht es in Artikel 13 der Verordnung 1 zum Arbeitsgesetz. In Ihrem Fall gibt es keinen Zweifel daran, dass Sie die konkreten Vor- und Nachbearbeitungsarbeiten auch tatsächlich machen müssen, um Ihre Arbeit an der Kasse erledigen zu können. Es wäre sicher nicht im Sinne Ihrer Chefin, würden Sie die Kasse erst ab 8 Uhr vorbereiten. Denn damit würden Sie die Kundschaft vergraulen. Ich empfehle Ihnen deshalb, das Gespräch mit Ihrer Chefin zu suchen und sie darauf hinzuweisen, dass sie Ihnen die gesamte Arbeitszeit bezahlen müsse.

Movendo bleibt trotz Pandemie auf Kurs und hat auch 2022 wieder neue Themen und Formate im Programm

# Wo man gern die Schulbank drückt

**Movendo ist als Bildungsinstitut der Gewerkschaften mehr als eine Erwachsenenschule. Nämlich Teil einer lebendigen Bewegung. Hier trifft man sich, tauscht sich aus, lernt voneinander – und bildet sich in Themen weiter, die nah an der Arbeitswelt sind.**

MARTIN JAKOB

Auch Lehrerinnen und Lehrer müssen lernen. Immer wieder. Zum Beispiel, wenn Lehrveranstaltungen in den vertrauten Formen ganz einfach unmöglich werden. So, wie das in den Jahren 2020 und 2021 der Fall war, als in der Erwachsenenbildung der klassische Präsenzunterricht über Monate coronabedingt ausfiel. Institutsleiter Michael Herzka blickt zurück: «Wir haben Präsenzkurse teilweise verschoben, innert kurzer Zeit auf Online umgestellt und leider einige auch absagen müssen.»

Schon nach dem ersten Lockdown im Frühjahr 2020 beschleunigte sein Team die Entwicklung alternativer Schulungsformen und war für die nachfolgenden Pandemiewellen gut gerüstet. «Trotz monatelangem Verbot von Präsenzveranstaltungen werden wir bei den durchgeführten Kursungen 2021 etwa 90 Prozent des Budgets erreichen», sagt Herzka. Und ist optimistisch fürs neue Jahr: «Wir bieten ein starkes Programm.»

### DIE BESTSELLER BLEIBEN

Natürlich behält Movendo seine gefragtesten Angebote auch 2022 im Programm. Dazu zählen die Kurse, die sich mit Kommunikationsfragen auseinandersetzen, und die Kurse, die für den Gebrauch der Office-Programme fit machen. Regelmässig gut besucht sind auch die Basiskurse für Mitglieder von Personalvertretungen, Stiftungsräten und Vorsorgekommissionen. Neu für 2022 werden gewisse Kurse teils im Präsenzunterricht, teils online durchgeführt – die Mitglieder können wählen, welche Form ihnen mehr entspricht.

### DIE NEUEN THEMEN

Trotz erschwerten Rahmenbedingungen hat das Movendo-Team auch für 2022 neue Themen ins

Kursangebot aufgenommen – inspiriert von Anregungen und von Entwicklungen in der Arbeitswelt.

**Wirtschaftspolitik für Arbeitnehmende.** Mit Gesetzen und Verordnungen beeinflusst die Politik die Schaffung und Verteilung von Wohlstand. Welche Wirtschaftspolitik lohnt sich für Arbeitnehmende am meisten, wie wirken Gewerkschaften auf die Wirtschaftspolitik ein?

Referent: David Gallusser (SGB), Dienstag, 15. 11. 2022, Lenzburg.

**Argumentieren – überzeugen – gewinnen.** Im Dialog und in Diskussionen geht es nicht nur um Fakten, sondern auch ums Auftreten, die Rhetorik und die Taktik der Gesprächsführung. Dinge, die man trainieren kann!

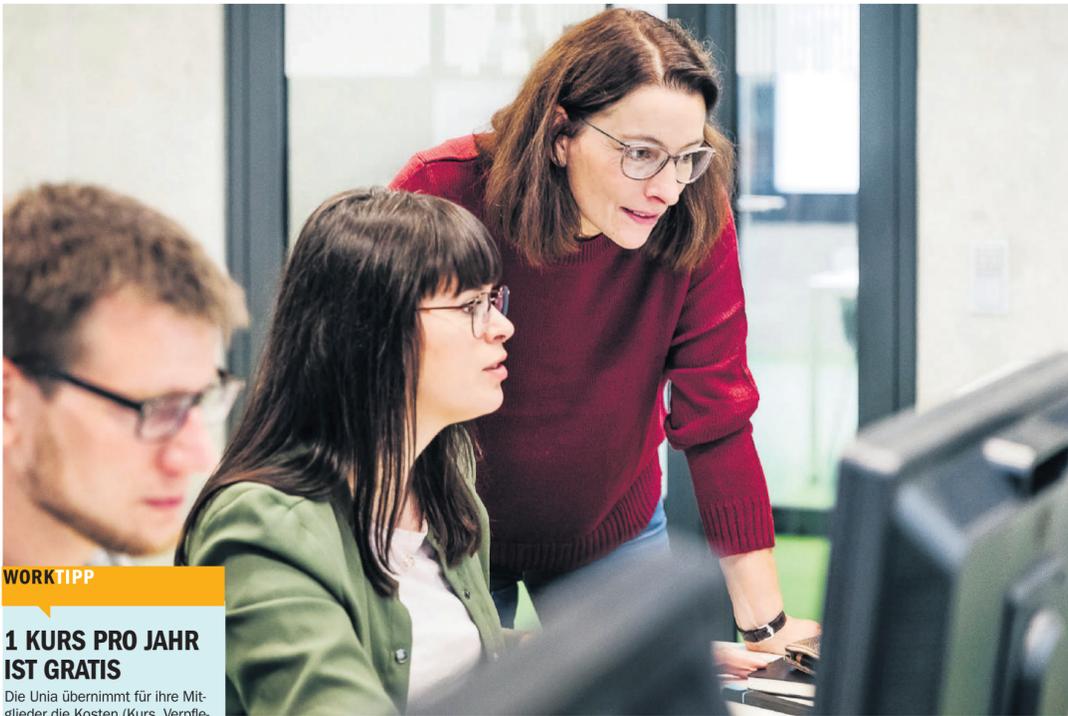
Referenten: Michael Liechti (Erwachsenenbildner), Emiliana Della Torre (Movendo), Montag, 20. 6. 2022, Olten.

**Weiterbildung für alle statt für wenige!** Lebenslanges Lernen wird immer wichtiger. Aktive Mitglieder und Mitarbeitende von Gewerkschaften haben eine wichtige

### Wie leiten Sie eine Online-Sitzung? Lernen Sie es – mit Movendo.

Funktion inne, um Kolleginnen und Kollegen für Bildungsfragen zu sensibilisieren. Dieser kostenlose Kurs eignet sich speziell für Mitglieder, die als Bildungsbotschafterin oder Bildungsbotschafter aktiv sind oder werden wollen (nähere Informationen unter [www.bildungsbruecken.ch](http://www.bildungsbruecken.ch)).

Referenten: Maurizio Maggetti-Waser und Vincent Vernez (beide Movendo). Informationsveranstaltung online am Mittwochabend, 15. 6. 2022. Kurs zwei Tage, Mittwoch, 15. 6. 2022, und Mittwoch, 26. 10. 2022, Biel.



### WORKTIPP

## 1 KURS PRO JAHR IST GRATIS

Die Unia übernimmt für ihre Mitglieder die Kosten (Kurs, Verpflegung sowie Übernachtung) für mindestens eine Movendo-Weiterbildung pro Jahr – Aktive können auch mehrere Kurse besuchen. Sie können sich direkt zum Kurs anmelden. Movendo klärt dann die Kostenübernahme mit der Unia, und Sie erhalten mit der Teilnahmebestätigung auch die Kostentagsprache. Das vollständige Programm ist gedruckt erhältlich und auf der Movendo-Website abrufbar. Sie können sich auch gleich online anmelden: [movendo.ch](http://movendo.ch)

**Online-Sitzungen und -Versammlungen leiten.** Seit der Pandemie gehören Online-Sitzungen zur Gewerkschaftsarbeit: An diesem Kurs wird gezeigt, wie Zoom-Sitzungen und -Versammlungen Spass machen und spannend gestaltet werden können. Kurs für Vertrauensleute.

### GEFRAGTES KNOW-HOW: Kurse für Anwender

von Office-Programmen zählen zu den beliebtesten Movendo-Angeboten.

FOTO: GETTY

Referentinnen: Elisabeth Fannin und Danièle Lenzin (beide Unia). Online-Kurs zwei Vormittage, Samstag, 11. 6. 2022, und Samstag, 25. 6. 2022.

**Fit am Flip – mit Schwung visualisieren.** Mit viel Freude und Mut farbige und knackige Präsentationen am Flipchart gestalten. Diese kreative Weiterbildung richtet sich an Vertrauensleute, die ihrem Auftritt mehr Schwung und Verständlichkeit verschaffen wollen.

Referentin: Susanna Vogel-Engeli (Erwachsenenbildnerin). Dienstag und Mittwoch, 13./14. 9. 2022, Islikon.

**Das 1x1 der Wirtschaft für Personalvertretungen.** Wirtschaftliche Grundkenntnisse für die Gewerkschaftsarbeit. Im Fokus stehen gewerkschaftliche Positionen,

Strategien der Arbeitgebenden sowie staatliche Massnahmen.

Referentinnen/Referent: Noémie Zur Linden (Unia), Daniel Lampart (SGB), Aude Spang (Unia). Donnerstag und Freitag, 20./21. 10. 2022, Lenzburg.

**Sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz – wie erkennen und handeln?** Trotz #MeToo ist die Dunkelziffer gross, das Leiden immens. Wie erkennen Sie sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz als betroffene Person, Kollegin, Kollege oder Zeugin, Zeuge? Was können Personalvertretungen, Vertrauenspersonen oder Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretäre dagegen tun?

Referentinnen: Patrizia Mordini (Syndicom), Lucie Waser (SEV). Montag und Dienstag, 12./13. 9. 2022, Spiez.

**Demokratie in Betrieben spielend erleben und verstehen.** Demokratische Prozesse enden – häufig, ohne hinterfragt zu werden – vor den Türen der Betriebe. Auf Basis einer Online-Unternehmenssimulation werden praktische Erfahrungen gesammelt, Erkenntnisse diskutiert und neue Ansätze zur Umsetzung von Mitsprache und Betriebsdemokratie nach dem Prinzip der Agilität in der Unternehmensführung gewonnen. Kurs für Personalvertretungen.

Referenten: Andreas Zeuch (Sozialwissenschaftler), Paul Carduck (Ökonom). Montag, 16. 5. 2022, online.



Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

### WEBINARE

## ONLINE-WORK-SHOPS

Die interaktiven Live-Webinare von Movendo sind im Frühjahr 2021 entstanden, als Präsenzkurse einige Monate lang schlicht unter-sagt waren. Statt nur die klassischen Ganz- und Mehrtageskurse auf digitale Vermittlung umzumodeln, entwickelten die Movendo-Macher gleich ein neues Format: den Online-Kompaktkurs, genannt Webinar. Die Webinare greifen aktuelle Themen auf, dauern zwischen eine Stunde und einen halben Tag und werden von erfahrenen Fachpersonen durchgeführt.

**FÜR ALLE OFFEN.** In deutscher Sprache stehen zurzeit die Webinare «Basiswissen Schlaf», «Meine Verantwortung in der digitalen Arbeitswelt», «Zwiespalt Homeoffice» und «Schwangerschaft und Mutterschutz am Arbeitsplatz» auf dem Programm. Besonders attraktiv: Die Teilnahme steht allen Interessierten offen und ist kostenlos. Ihr Anrecht als Mitglied auf kostenlose Teilnahme an einem Präsenzkurs bleibt also voll erhalten (siehe work-Tipp). Das Webinare-Programm wird laufend ergänzt. Das aktuelle Angebot finden Sie auf [movendo.ch](http://movendo.ch). Mit untenstehendem QR-Code haben Sie direkten Zugriff auf die Liste der Webinare. (jk)



## saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



**KLEIN, ABER UNFEIN:** Cookies – eigentlich Kleingebäcke – sind in der Internetwelt winzige Textdateien, die Benutzer von Websites identifizieren. FOTO: ADOBE STOCK

# So blockieren Sie Spione auf Websites

Viele Website-Betreiber setzen sogenannte Tracker ein. Damit messen sie, wer was auf der Seite anklickt und liest. Das Problem: Auch die Hersteller der Tracking-Programme wie Google oder Facebook erhalten diese Infos. So unterbinden Sie das Mitlesen:

**BLOCKER.** Das Zusatzprogramm «uBlock Origin» blockiert Werbung, aber auch viele Tracker. Sie können es von [ublockorigin.com/de](http://ublockorigin.com/de) herunterladen und als Add-on zum Browser hinzufügen. In der aktuellen Version von Safari funktioniert es allerdings nicht.

**NO COOKIES.** Manche Cookies sind nützlich, damit Sie auf einer Website angemeldet bleiben oder der Warenkorb im Internetshop funktioniert. Andere spionieren aber den Benutzer aus. Wenn eine Website fragt, ob Sie Cookies zulassen wollen: Ablehnen.

**EINSTELLUNGEN.** Gehen Sie in den Browser-Einstellungen auf «Datenschutz». Bei Firefox stellen Sie dort unter «Verbesserter Schutz vor Aktivitätenverfolgung» den Schutz auf «streng». Bei Chrome gehen Sie auf «Cookies und andere Websitedaten» und aktivieren «Drittanbieter-Cookies blockieren». Und bei Safari machen Sie ein Häkchen beim Menüpunkt «Website übergreifendes Tracking verhindern».

**WICHTIG:** Der beste Schutz nützt nichts, wenn Sie während des Surfens bei Google oder Facebook angemeldet sind. Dann wissen die Firmen ohnehin, was Sie im Internet anklücken. MARC MAIRNOACK

### Auch Google oder Facebook lesen mit.

## Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Änderungskündigung während der Lehre?

**Ich (18 Jahre) bin im dritten Lehrjahr als Polymechaniker. Nun hat mein Chef mitgeteilt, dass er unsere im Lehrvertrag festgehaltene Arbeitszeit von 42 auf 45 Stunden erhöhen wird. Er hat gedroht, denjenigen zu kündigen, die sich dieser Vertragsänderung weigern. Was soll ich machen?**



**Julius Kopp, Jugendsekretär.**

«Was dein Chef vorhat, nennt sich Änderungskündigung. Er will euch damit zwingen, neue Verträge mit schlechteren Bedingungen hinzunehmen. Bei Lehrverträgen ist das jedoch nicht erlaubt: sie können nach Ablauf der Probezeit nicht mehr ordentlich gekündigt werden. Dein Lehrvertrag kann also nur freistlos gekündigt werden. Dies ist aber nur bei gewichtigen

Gründen zulässig. Wirtschaftliche Probleme des Betriebs gehören nicht dazu. Zudem muss das Berufsbildungsamt der Kündigung in jedem Fall zustimmen. Die Praxis deines Chefs ist folglich nicht rechtmässig. Melde dich bei der Unia. Sie unterstützt dich in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Berufsbildungsamt dabei, bei deinem Chef zu verlangen, die Vertragsänderung rückgängig zu machen.»

**Hast auch du eine Frage an den Unia-Jugendsekretär?** Schreib an [lehre@unia.ch](mailto:lehre@unia.ch)

## Erkältung, Grippe, Corona? Wie sie sich unterscheiden und wie Sie sich schützen Auch eine Grippe ist nicht harmlos

**Dank den Corona-Massnahmen war die Grippe im letzten Winter zahm. Besiegt ist sie aber nicht. Was Sie jetzt wissen müssen.**

MARTIN JAKOB

**Wie merke ich, ob ich erkälte bin. Grippe habe oder eine Corona-Infektion?**

Husten, Glieder, Hals und Kopfschmerzen sowie eine laufende Nase können Merkmale einer Grippe, aber auch einer Erkältung sein. Kennzeichen der Grippe ist ihr plötzlicher Ausbruch mit schnellem Fieberanstieg und Schüttelfrost. Die Erkältung setzt dagegen weniger dramatisch ein und lässt die Körpertemperatur nicht so hoch steigen. Für die Corona-Infektion ist ein langsamer Krankheitsbeginn typisch, oft

mit Fieber und Husten, dazu mit Störungen des Geruchs- und Geschmackssinns und mit Kurzatmigkeit. Sind Sie unsicher, scheuen Sie den Arztinnenbesuch nicht. Beim Verdacht auf Corona-Infektion sollten Sie sich testen lassen – ein Test infolge von Symptomen ist nach wie vor kostenlos.

**Ist die Grippe im Vergleich zu Covid ungefährlich?** Sie ist weniger gefährlich, aber nicht ungefährlich. Seit 2015 gab es in der Schweiz zwei Grippeperioden, die zu Übersterblichkeit führten: 2015 starben rund 2500 Menschen mehr als erwartet, 2017 etwa 1500. Im ersten Coronajahr 2020 betrug die Übersterblichkeit hingegen rund 12 Prozent oder 7500 Todesfälle mehr als erwartet.

Sehr ähnlich sind die Risikogruppen. Sowohl bei Grippe als auch bei Covid kommt es vor allem im Alter und bei Vorerkrankungen zu schweren Verläufen, bei der Grippe sind zu-

**Wer Corona-Hygiene einhält, ist vor Grippe besser geschützt.**

dem Säuglinge, Kleinkinder und Schwangere überdurchschnittlich gefährdet.

**Ist Grippe leichter übertragbar als Covid?** Beide Viren verbreiten sich über Tröpfcheninfektion. Weil bei Covid von der Ansteckung bis zu spürbaren Symptomen mehr Zeit verstreicht und das Coronavirus neuer und anste-

ckender ist als Influenza, verbreitet sich Covid insgesamt leichter.

**Schützt die Covid-Impfung auch gegen Grippe?** Nein. Genauso wenig, wie die Grippeimpfung gegen das Coronavirus schützt.

**Wie wirksam ist die Grippeimpfung?** Im Vergleich zu den hierzulande verwendeten Corona-Impfstoffen, die mit einer Wahrscheinlichkeit von 80 bis 90 Prozent vor einem schweren Krankheitsverlauf schützen, ist die Wirksamkeit der Grippeimpfung schlechter. Ihre Impfstoffe werden jedes Jahr neu gemixt. Der Mix beruht auf Annahmen, welche der verschiedenen Grippeviren im nächsten

Winter stark zirkulieren werden. Diese Annahmen treffen mal gut, mal weniger gut zu. Die Wirksamkeit erreicht in guten Jahren 60 bis 70 Prozent, in schlechten Jahren ist sie tiefer – bis hinunter zu 30 Prozent.

**Schützen Corona-Massnahmen auch gegen die Grippeinfektion?** Die Corona-Schutzmassnahmen sind auch zur Grippeabwehr hilfreich: häufig Hände waschen, Abstand halten, ins Taschentuch oder in die Armbeuge niesen und husten. Ebenso nützlich: gut lüften und Nasenschleimhäute feucht halten. Und natürlich bietet das Maskentragen, das wegen Covid eh schon in vielen öffentlichen Räumen Pflicht ist, einen zusätzlichen Gripeschutz.

### GRIPPEIMPFGUNG ZAHLT DIE KASSE?

Die Grundversicherung der Krankenkasse bezahlt die Impfkosten für Risikogruppen (Personen über 65, Risikopatienten, Schwangere, Frühgeborene), allerdings nur, wenn die Impfung in einer Arztpraxis verabreicht wird. Manche Firmen bieten ihren Mitarbeitenden die Impfung kostenlos an. Die Impfkosten für alle anderen betragen zwischen 30 und 40 Franken – am 5. November, dem nationalen Grippeimpftag, sind es einheitlich 30 Franken. Mehr zur Grippeimpfung: [impfungegrippe.ch](http://impfungegrippe.ch)

**workkrätzel**

**Gewinnen Sie ein K-Tipp-Abo!**



**K-Tipp. Wir testen für Sie. Wer abonniert, profitiert.**

**LÖSUNG, GEWINNERINNEN UND GEWINNER AUS NR. 17**  
Das Lösungswort lautete: **GEBURTSTAGSWUENSCHEN**



**1. PREIS, 1500 Fr. in Reka-Checks: Yvonne Anderegg, Brugg AG; 2. PREIS, iPhone 12: Dora Abegglen, Burgdorf BE; 3. PREIS, Hotel FloraAlpina: Roland Mettler, Wangen bei Olten; 4. PREIS, Hotel Bern: Franziska Nyffenegger, Zürich; 5.-7. PREIS, Unia-Ferien-Gutschein à 500 Fr.: Hans Buser, Lengnau BE; Ursula Meister Kuratli, Bern; Dory Stauffer, Thun. Herzlichen Glückwunsch!**

Unrat Mz.			altdt. Hohl-mass	gleich-mässig hoch, flach	gefährliche, wilde Tiere			Muskel-zucken Mz.	Waren-gestell	männl. Fürwort	Erge-benheit, Hingabe		brit. Insel: Isle of ...		männl. Rind	Tennis-schläger	Esels-laut	Abk.: National-liga
dt. Spiel-karte					Keim-zelle			work-Chef-... (M.-J. Kuhn)			7							
ital. Tonbez. für das F			Schicht, Überzug		kahl-schneiden							6	nicht ganz		Speise-fisch			
...losen-kasse								Werk-zeug z. Holz-glätten	Zauber-wesen Mz.				kleines Ge-wässer					ein-jährig
					Verwar-nung im Sport: ... Karte		die Unia besitzt 151 ...								Winter-sportort im Kt. SZ		Eisen-bahn-alpen-transit	
zu Gott spre-chen			grosses Gefäss mit Henkel		beab-sichtigt						1		flach, breit-gedrückt		Alpkäser			4
miet-kaufen							zusätzl. Spiel-karte		Ge-schöpf			Revolu-tionär (Fritz ...)						
					neben-bei bemerkt		jedes Mal, immer							ironisch-witzige Dar-stellung		Zch. f. Gold		
Back-masse	dt. Schau-spieler (Fritz)		hingeh-en u. etw. mit-nehmen										schweiz. Olympia-sieger (Simon)		Art, Gattung			
Wolfs-junges						Näh-faden Mz.		Eisho-ckey-club: ZSC ...	Gebirgs-zug in Nord-afrika							Küsten-stadt in Florida	israel. Autor † 2018 (Amos)	
			Nach-richten (engl.)		geklebt									Merk-zettel		Stoff-mengen-einheit		
Strom durch Gerona (Span.)		Juristin							Blumen-kranz auf Hawaii				para-militär. Verband					schweiz. Kanton
Vogel-laut					kurzer engl. Gruss		dt. Vorsilbe		Gerät zur Licht-bündelung						Autokz. Kanton Schaff-hausen		ugs.: sowieso	
schweiz. Blätter-teig-gebäck		rund 2800 ... ge-hören der Unia												Kirchen-diener				
								Kurzmit-teilung (Kw.)						Kicher-laut				

1	2	3	4	5	6	7	8
---	---	---	---	---	---	---	---

**Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) Einsendeschluss 12. November 2021**

INSERAT



**JA Gute Pflege braucht Menschen! zur Pflegeinitiative am 28. November**





Die ganze work-Jubiläums-broschüre auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch)

**JUBILÄUM: 20 JAHRE WORK**

# Es gibt nichts Vergleichbares!

Auch meinerseits ganz herzlichen Glückwunsch für 20 Jahre guten Journalismus und die Beilage mit Hinweisen auf all die abgearbeiteten Konflikte. Es gibt tatsächlich «nichts Vergleichbares» (Zitat André Daguet), aber nach einem langen, befriedigenden Blick zurück kommt meist der Blick nach vorn. Ihr kennt mich eventuell bereits als engagierten Leser oder aufässigen Mailschreiber, und für die Zukunft wünsche ich mir die eine oder andere «Innovation» (Zitat Andreas Rieger/Marie-Josée Kuhn). Dafür sehe ich diese Ansätze:

### 1. Bitte etwas weniger Sündenbockberichterstattung

Bösewichte wie Blocher und Jordan sind okay als Kristallisationsfiguren, aber solche Gestalten wird es so lange geben, wie sich der «Raubtierkapitalismus» (Zitat Jean Ziegler) mit CS und all seinen Banken am Leben halten kann. Der menschlichere Kapitalismus 3.0 ist zwar am Horizont erkennbar, aber auch die Widerstände dagegen. Es ginge also darum, das System öffentlich zu hinterfragen, auf dessen Umbau/Abschaffung hinzuarbeiten und Alternativen aufzuzeigen – in der Arbeitswelt, aber gerade auch im Finanz- und Rentenwesen. Es gibt dazu viele Vordenker und einiges an Literatur. Stichworte: zinsfreie Wirtschaft, Nullwachstum, Grundeinkommen/Service Citoyen, Teilzeitarbeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gleichberechtigung (noch immer), Verein FleXibles...

### 2. Spitzt die Feder auch für das drängendste aller sozialen Probleme: Klimagerechtigkeit

Ohne natürlich die bewährte Berichterstattung über Arbeitskonflikte, Missstände, Streiks und Arbeitnehmende zu vernachlässigen. Klimagerechtigkeit in allen Aufgaben- und Investitionsfeldern, ich nenne sie RAM: Reparatur, Adaption, Mitigation.  
a) Reparatur: Die Behebung der Folgen von immer häufigeren und immer stärkeren klimabedingten Naturereignissen.  
b) Adaption: Ermächtigung, Vorbereitung und Umbau von Häusern, Arbeitsplätzen, Städten, Wäldern, Flüssen und Tälern, der Infrastruk-

tur und der produzierenden Landwirtschaft auf immer häufigere und immer stärkere klimabedingte Naturereignisse. Überall da leben und arbeiten Menschen.

c) Mitigation: Der Umbau von Wirtschaft, Finanzwirtschaft und Gesellschaft, um die Erderwärmung erst zu verlangsamen, dann zu stoppen und schliesslich den CO<sub>2</sub>-Anteil in der Atmosphäre zu verringern. Auch dies wird den Arbeitsmarkt und unser Leben massiv durchschütteln.

Es sind gewaltige Anstrengungen, die uns über längere Zeit beschäftigen werden, und es macht den Anschein, dass die Politik diesen Aufwand weder wahrnimmt noch einschätzen kann und auch keine Gelder zur Verfügung stellen will. Also bezahlt am Schluss doch wieder der durchschnittliche Arbeitnehmer.

### 3. Vernetzung – schaut bitte über den Tellerrand hinaus

Denn da draussen existieren die gleichen Probleme, über die Ihr im work wöchentlich berichtet.

- Mieten: Arbeitnehmende in der ganzen Schweiz füllen mit regelmässigen Zinszahlungen die Töpfe der Immobilien-Haie, inklusive sämtlicher Pensionskassen, und das Rentenniveau kann nur mit Investitionen und folgerichtig Leerkündigungen, Modernisierung und Verdichtung gehalten werden. Arbeitnehmende bezahlen Wirtschaftswachstum und Gentrifizierung.

- Warum also nicht (anstelle der anonymen «Rosa Zukunft») ab und zu Gastrecht für M+V, die Zeitung der Mieter?

- Internationale Solidarität mit Arbeitnehmenden ausserhalb der Schweiz, auch wenn unlängst die Kovi am Ständemehr gescheitert ist: Warum nicht ab und zu eine halbe Seite Gastrecht für die Clean Cloth Campaign (CCC) oder für Public Eye?

- Stellen- und Erwerbslose, Freiwilligenarbeit: «Arbeitslose» gibt es nicht, das ist ein weiteres Märchen der Bosse. Aber es gibt bezahlte Arbeit und unbezahlte Arbeit, und auch die unbezahlte Arbeit ist systemrelevant.

- Selbständige: Obwohl sich eine Gewerkschaft definitionsgemäss auf fremdbestimmte und bezahlte Arbeit konzentriert, sind auch Selbständigerwerbende wie Handwerker und Künstler systemrelevant.

- Artenvielfalt: Sie ist die Grundlage für unser Leben und für sinnvolle regionale Landwirtschaft und Ernährung, und ja, auch der Wolf

trägt zur notwendigen Reparatur der Natur bei. Auch da hängt alles mit allem zusammen, und genau darum gehört auch dieses Thema in eine Gewerkschaftszeitung. Sky News UK sendet seit kurzem die «Daily Climate Show».

- Versorgungssicherheit: Nicht Stromknappheit und Mangel an E-Autos werden ab 2026 die Schlagzeilen beherrschen, auch das ist ein Märchen der Bosse, sondern unterbrochene Lieferketten, Lieferengpässe auch für Lebensmittel, Kurzarbeit und Betriebsschliessungen wegen immer häufigerer und immer stärkerer klimabedingter Naturereignisse weltweit. Wer leidet? Sicher nicht das EINE Prozent, das sich mit seinen Privatjets und Helikoptern auf seine Inseln zurückziehen kann.

«Das Patriarchat ist wie die Schwerkraft. Wenn frau sich nicht dauernd dagegen stemmt, drückt es sie immer wieder zu Boden» (Zitat Monika Stocker). Ersetzt bitte «Patriarchat» mit «Kampf für eine intakte Welt» oder mit «Arbeits- und Rentenbedingungen», es ist das gleiche. Ich denke, die Arbeit geht uns allen nicht aus.

In diesem Sinne wünsche ich Euch einen guten Start in (vorerst) weitere fünf erfolgreiche Jahre bis zum nächsten Jubiläum.

STEFAN HILBRAND, PER MAIL

## Ihr seid unabdingbar!

Merci für eure Arbeit über all die Jahre. Ich bin zwar unterdessen nur noch ganz wenig angestellt und arbeite als selbständigerwerbende Therapeutin. Das ist übrigens auch ein von Corona stark betroffener Bereich, weil Kunden und Kundinnen verloren gingen und kaum neue dazugekommen sind. Wäre ja vielleicht auch mal ein Thema? Ich fühle mich der Gewerkschaftsbewegung immer noch verbunden. So kann ich mir auch immer noch Rat holen, wenn es um rechtliche Fragen geht, aber vor allem kriege ich auch mit, wenn Personal wie Scheisse behandelt wird. So kann ich den Leuten in meinem Umfeld erzählen, wie es den Mitarbeitenden geht, welche die unendlich vielen zurückgeschickten Zalando-Pakete bearbeiten, oder erzähle mal vom Beerenpflücker, der keine Hilfe gekriegt hat, als er krank war, und dass deshalb manchmal auch CH-Beeren zu hinterfragen sind, wenn sie beim Grossverteiler stehen (geschweige denn die Früchte aus Südspeanien...). Oder die Verkäuferin, die x Stunden steht, um das Selfscanning zu kontrollieren, und auch noch angepisst wird. So kann ich dank work auf viele Geschichten zurückgreifen und sie weitergeben. Ich liebe auch die Pöstlerin-Kolumne und schätze Jean Zieglers Statements. Merci vielmal, ihr seid unabdingbar.

IRENE LEHMANN, DORNACH SO

## Fadengrade Berichterstattung

Als langjähriger Abonnent von work (so quasi seit der ersten Ausgabe) gratuliere und danke ich Ihnen für 423 Ausgaben und den «langen Schnauf», den es dazu braucht. Als SEVler begleitete mich wohl auch die verbandseigene Zeitung durch mein «Arbeitsleben». Was mir jedoch bei work besonders gefällt, ist die «fadengrade Art» der Recherche und Berichterstattung, immer unter Einbezug der Sichtweise von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Herzlichen Dank dafür und macht weiter so.

KURT KOCH, PER MAIL

### WORK 17 / 22. 10. 2021: SALDO-TIPP: FÜR 29 FRANKEN PRO MONAT INS INTERNET

## Kämpferische Gewerkschaftszeitung

Ich gratuliere euch zum 20-Jahr-Jubiläum als kämpferische Gewerkschaftszeitung. Gleichzeitig hoffe ich, dass der «Saldotipp» über die Internet-Abonnemente kein schlechtes Omen für die nächsten zwanzig Jahre ist. Von einer kämpferischen Gewerkschaftszeitung würde ich erwarten, dass nicht nur der Preis, sondern besonders auch die Arbeitnehmenden bei den

Anbietern im Vordergrund stehen. Die Arbeitnehmenden bei Swisscom und Sunrise UPC haben je einen starken Gesamtarbeitsvertrag, der ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen im Vergleich zum Gesetz deutlich verbessert. Zudem pflegt Syndicom als zuständige Gewerkschaft mit beiden Unternehmen eine langjährige Sozialpartnerschaft auf gleicher Augenhöhe, in der künftige Entwicklungen antizipiert und im Interesse der Arbeitnehmenden gestaltet werden können. Die Arbeitnehmenden bei Swisscom und Sunrise UPC können so dafür sorgen, dass die Dienstleistungen in höchster Qualität überall in der ganzen Schweiz zu erschwinglichen Preisen angeboten werden können – ein wichtiger Beitrag zum Service public.

DANIEL HÜGLI, ZENTRALSEKRETÄR SEKTOR ICT, SYNDICOM

### WORK 17 / 22. 10. 2021: PFLEGERIN GERDA FIACCO IST AUCH BOTSCHAFTERIN

## Kein Privatleben mehr

Sehr traurig! Sie möchte was verändern und macht dies sogar in ihrer Freizeit! Aber nein, sie muss trotzdem arbeiten, obwohl sie lange vorher ihren Freiwunsch eingegeben hat. So sieht auch die Freizeiteinteilung vieler Pflegerinnen aus – ein Privatleben ist nicht möglich.

SABINE MÜLLER, VIA FACEBOOK

### WORK 17 / 22. 10. 2021: STOPPANI: «SIE SPRECHEN VON FAMILIE»

## Kein Wunder, gibt es Streiks!

Und dann sind die Arbeitgeber verwundert und betupft, dass es zu Demonstrationen kommt...

WILLI WACKER, VIA FACEBOOK

### WORK 17 / 22. 10. 2021: AUFSTIEG, FALL UND ENDE EINES SCHWEIZER REVOLUTIONÄRS

## Da gibt es nichts zu «verklären»



Ich gratuliere nachträglich zum 20-Jahr-Jubiläum, ihr macht eine wichtige Arbeit, Berichte aus der Arbeitswelt. Logischerweise ist man nicht immer einverstanden, zum Beispiel betreffend die Ausstellungsbesprechung zu Fritz Platten: Die Besprechung wird der sehr sehenswerten Ausstellung und den Ausstellungsmacherinnen und -machern der Uni Basel nicht gerecht. Diese sind eben gerade nicht der Versuchung erlegen, sich ausschliesslich auf die Version, die der Sohn von Fritz Platten hinterlassen hat, zu stützen, auch nicht in einen billigen Antikommunismus zu verfallen, indem man über seinen tragischen Tod spekuliert. Sie zeichnen mit Dokumenten erstmals ein umfassendes Bild, um was für einen wichtigen Schweizer Politiker mit revolutionären Ideen und Taten es sich hier handelt. Als Mitorganisator des Landesgeneralstreiks kam er für Monate in ein Schweizer Gefängnis, wurde dann Nationalrat, war Teilnehmer der Zimmerwald-Konferenz gegen den Krieg, ging an der Spitze von aufbauwilligen Schweizern in die junge Sowjetunion und war Deutschlehrer am Fremdspracheninstitut in Moskau. Da gibt es nichts zu «verklären».

RENÉ LECHLEITER, ZÜRICH

Auf der Überholspur ins Klassenzimmer

# «Ich würde mir die Note fünf geben»

**Stefan Reidy hat auf Baustellen gechrampft und ist mit Bussen durch die Stadt Freiburg gekurvt. Heute unterrichtet er an der Berufsschule angehende Spenglerinnen und Sanitäre. Was er mitgeben will: kritisches Denken und Freude am Lernen.**

SARAH FÖRRER | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

Von der nahen Baustelle brummt ein Betonmischer. Auf der Terrasse des Cafés Marcello diskutieren zwei Anzugträger. Daneben nippen zwei Jugendliche an ihrem Kaffee. Moderne Glashäuser wechseln sich mit historischen Bauten ab. Gesprayte Wände mit glänzenden Schaufenstern. Hier, hinter den alten Stadtmauern von Freiburg, vermischen sich Früher und Heute. Alt und Jung. Deutsch und Französisch. Mittendrin: das Areal der Gewerblichen und Industriellen Berufsfachschule (GIBS). Die Lernenden, die hier täglich ein und aus gehen, sind genauso vielfältig wie die Strasse.

Einer, der es wissen muss, ist Stefan Reidy (40). Seit fünf Jahren unterrichtet der Fachlehrer an der GIBS. Er begleitet Spenglerinnen in ihrer vierjährigen Ausbildung. Und Haustechnikpraktiker Fachrichtung Sanitär, die eine zweijährige Attestausbildung absolvieren. In diesen Klassen ist die Vielfalt besonders gross. Da sitzt der Flüchtling aus Eritrea, der erst seit kurzem in der Schweiz ist, mit einem Rucksack voller dunkler Löcher und kaum einem Wort Deutsch. Daneben ein 16-jähriger aus gutem Hause mit einem ausgeprägten ADHS, der kaum eine Minute stillsitzen kann. Einige sind total motiviert, ins Berufsleben einzusteigen. Andere sind vollständig abgelöst.

**IM FLOW.** «Vielen müssen wir zeigen, dass Lernen auch Spass machen kann», sagt Reidy. Für ihn heisst das: viel Nähe zur Praxis, Beispiele aus dem Alltag in den Lehrbetrieben einbauen, Experimente und eine gehörige Portion Spontaneität. «Im Flow Futter geben», so nennt Stefan Reidy seinen Stil. Die Vorgaben vom Lehrplan sind klar – doch nutzt der Freiburger die Freiheit, die Unterrichtsstunde auch mal kurzfristig anzupassen, wenn es die Situation erfordert. Unterrichtet er auch in beiden Sprachen?

Beispielsweise, wenn die Klasse angeht in Gruppen diskutiert. Dann unterbricht er nicht, um zur nächsten Lektion zu wechseln, sondern lässt den Jugendlichen Zeit. Und wenn die Klasse konzentriert skizziert, kann es vorkommen, dass im Hintergrund auch mal Musik läuft. Wichtig sind ihm eigenständiges Mitdenken, gesunder Menschenverstand und kritisches Hinterfragen. «Das will ich meinen Lernenden neben dem Schulstoff mitgeben.»

Dafür setzt er auch das Handy ein. «Für mich ist es ein Werkzeug. Wie ein Lineal.» Er lässt die Jugendlichen fachbezogene Videos gucken, nach Antworten googeln oder Fotos von verschiedenen Arbeitsschritten im Lehralltag schiessen. Schlechte Erfahrungen hat er damit keine gemacht: «Mit den nötigen Leitplanken, mit genügend Kontrollen und gegebenenfalls Sanktionen funktioniert es einwandfrei. Schliesslich gehören Handys heute zum Alltag. Das lässt sich nicht ausblenden.»

**AUF UMWEGEN.** Zum Unterrichten ist Stefan Reidy auf Umwegen gekommen. Als Jugendlicher lernte er Spengler und Sanitär. Mit 22 hatte er genug vom Bau. Er holte die Lastwagenprüfung nach und kurvte zwei Jahre mit den Trolleybussen durch die Strassen von Freiburg. «Immer nur Grün und Rot. Fahren und bremsen. Das wurde mir rasch langweilig.»

Zurück im alten Beruf, arbeitete er auf dem Bau, übernahm eine Filiale, dann wechselte er zum Berufsverband Suissetec und gab dort überbetriebliche Kurse. Als an der Gewerbeschule Freiburg eine Stelle frei wurde, packte er seine Chance. Mit Herzflattern, wie er zugibt. «An meinem ersten Tag als Lehrer war ich komplett überfordert!» Die Aufregung hat sich mittlerweile gelegt. Geblieben ist die Freude am Unterrichten.

Die Abwechslung gefällt ihm, der Austausch mit den Jugendlichen, die Freiheit, die unterrichtsfreie Arbeitszeit mehrheitlich selbst einzuteilen. Manchmal verschiebt er das Vorbereiten der Lektionen auf den Abend. Oder er arbeitet an einem

Samstag. Stattdessen geniesst er unter der Woche den sonnigen Nachmittag mit den Kindern. Und arbeitet an einem seiner verschiedenen Mandate.

**IM GLEICHGEWICHT.** Als Chefexperte Spengler organisiert er die Lehrabschlussprüfungen. Bei den Sanitären sitzt er selbst in der Jury und benotet die Jugendlichen. Daneben half er in den vergangenen Jahren mit, den neuen Bildungsplan auszuarbeiten. Als zweisprachiges Organisationstalent ist er in nationalen Kommissionen gern gesehen. Und ihm macht es Spass, die Berufs-

bildung zu prägen: «Ich übernehme gerne Verantwortung und gestalte aktiv die Zukunft der Spenglerinnen und Spengler.»

Für den Freiburger könnte es deshalb so weitergehen, auch wenn er als Lehrer keine grossen Aufstiegschancen hat. Die Work-Life-Balance stimmt, und er hat spannende Projekte. Und das ist ihm wichtiger als Karriere. Zum Schluss des Gesprächs beantwortet Stefan Reidy noch die klassische Lehrerfrage: Welche Note würde er sich selbst geben? Nach einigem Nachdenken gibt er sich eine Fünf. «Da kann man nicht viel falsch machen!» sagt er lachend.



**STEFAN REIDY**

## HARLEYFAHRER

Aufgewachsen ist er in einem kleinen Weiler nahe Düdingen FR. Noch heute lebt er in dieser Gegend. Mit seiner Frau und seinen drei Kindern (10, 8 und 4) hat er sich 2015 den Traum vom Eigenheim erfüllt. «Das ganze Projekt war eine enorme Bereicherung. Und hat mir auch für das Schulzimmer viel gebracht.» Vom ersten Spatenstich bis zur Aufrichtungsfeier hat er den Bau begleitet. Und auch selbst Hand angelegt. «Ich habe zum Glück nicht zwei linke Hände.»

**AUF TOUREN.** Von diesen profitiert er auch in seiner Werkstatt, die er mit seinem Vater und einem Kollegen teilt. Da schrauben und schweissen sie an alten Motorrädern herum – bis sie glänzen. Einer kleinen Spritztour, am liebsten mit seiner Harley, ist er nicht abgeneigt. Weit muss es aber nicht sein. Bis zum Murtensee ist ok. «Ich bin kein Kilometerfresser. Ich bin eher einer von denen, die eine halbe Stunde fahren und dann wieder zwei Stunden am Töff rumputzen und werkeln, bis er glänzt!»



**FIT FÜR DEN BERUF:** Unterricht mit Leuchttift, Meter und geometrischen Formen.

**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.**

**work abonnieren. Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name \_\_\_\_\_  
 Strasse \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
 Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianeegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Digitalredaktorin), patriciadincau@workzeitung.ch; Johannes Supe, johannessupe@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahmi, Sarah Förner, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 69 344 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.